

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Marina Truffer: Besser abschneiden dank neuem GAV Seite 7

Seit 35 Jahren steht in der Verfassung:

MANN UND FRAU SIND

GLEICHBERECHTIGT.

Lohn

gleich

subito!

heit

AUF GLEICHEN LOHN

FÜR GLEICHWERTIGE

ARBEIT.

Die Unia geht in die Offensive. Kommt jetzt die Subito-Initiative? Die Fakten, die Meinungen. Seite 5



Revolutionäre Frauen

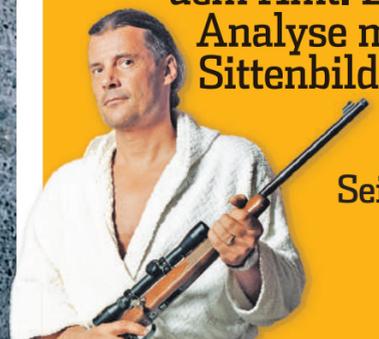
Die Oktoberrevolution hätte es ohne Frauen nicht gegeben. Eine Würdigung. Seiten 8-9

«AHV-Reform ist historisch»

Das grosse Interview mit SGB-Chef Paul Rechsteiner. Seite 4

Oskar over & out!

Im Wallis fegte ein Volksaufstand an der Urne SVP-Vize Oskar Freysinger aus dem Amt. Eine Analyse mit Sittenbild.



Seite 3



workedito
Marie-Josée Kuhn

OFFENSIV IST IMMER ATTRAKTIV

Die Schlussabstimmung war richtig «Heilandsack!». So entfuhr es danach jedenfalls Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner. Der SP-Ständerat ist nicht gerade dafür bekannt, dass er sein Herz auf der Zunge trägt. Doch war ihm die Erleichterung nach all dem Hakenschlagen und Seilziehen ins Gesicht geschrieben: Die AHV-Revision hat es doch noch geschafft! Wenn am 24. September auch das Volk Ja sagt, wird das

Kommt jetzt die Subito- Initiative?

sozialste
Sozialwerk
wieder
gestärkt.
Erstmals seit
vierzig Jahren

Stillstand! Das sei matchescheidend, sagt Rechsteiner im work-Interview (Seite 4). Denn die AHV ist effizient und gerecht. Und gehört zu den solidesten Altersvorsorgen in Europa (Seite 11). Auch Superreiche und Boni-Manager müssen zahlen. Doch ihre Renten sind gedeckelt. Kommt dazu: Auf die taumelnde zweite Säule ist kein Verlass mehr. Seit sechs Jahren befinden sich die Pensionskassenrenten im Sinkflug. Eine Mehrheit in der Unia und im Gewerkschaftsbund sagt deshalb Ja zur AHV-Revision. Obwohl diese das Frauenrentenalter von 64 auf 65 erhöhen will.

35 JAHRE. Das ist nicht schönzu-schreiben. Schon gar nicht als Frau. Schon deshalb nicht, weil wir Frauen immer noch keine Lohn-gleichheit haben. Weil wir 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte Care-Arbeit leisten. Pro Jahr. Und weil unser Renteneinkommen im Schnitt 37 Prozent tiefer ist als jenes der Männer. Seit 35 Jahren steht es in der Bundesverfassung: «Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» Doch wir kommen kaum voran. Gerade drum dürfe man jetzt nicht Ja zum Rechsteiner-Kompromiss sagen, finden vor allem welsche Linke und Gewerkschafterinnen. Mit der «Opferung» des Frauenrentenalters zahlen wir einen tödlichen Preis. Sie haben das Referendum lanciert.

ABER SUBITO! Einen anderen Weg aus der Frauen-Falle schlägt die Unia vor. Sie verlangt vom Gewerkschaftsbund die Prüfung einer Subito-Initiative zur Durchsetzung der Lohngleichheit. Die Idee dahinter, die übrigens von den Frauen in der Unia-Geschäftsleitung kommt: Auch wenn es erfolgreich wäre, würde ein Referendum nur den Status quo erhalten. Die AHV würde nicht gestärkt. Und an der Lohndiskriminierung, die auch die Rentendiskriminierung der Frauen produziert, änderte sich nichts. Deshalb macht die Unia jetzt Dampf und verlangt: «Lohngleichheit, aber subito!» Erste Reaktionen zeigen: Das Ziel ist unbestritten, der Weg dahin ist es noch nicht (Seite 5). Aber offensiv ist immer attraktiv!

Loth Electricité: Lohnschiss und Klima der Angst Welsche Stromer unter Strom



NICHT MIT UNS: Elektriker wehren sich gegen die Machenschaften von Loth Electricité. FOTO: THIERRY PORCHET / L'ÉVÉNEMENT SYNDICAL

Die Westschweizer Firma Loth Electricité zahlt zu tiefe Löhne und schüchert die Angestellten ein. Doch statt sich der Kritik zu stellen, verduftet der Chef.

CHRISTIAN EGG, SABINE REBER

Der Hilfelektriker Davy ist hässig: «Meine ehemalige Firma hat mir ganze 4500 Franken zu wenig bezahlt.» Die Firma, das ist die Loth Electricité, beheimatet im waadtländischen Etoy. Das Elektrounternehmen schickte Davy auf Baustellen nach Genf. Dort gilt ein Mindestlohn von 24.68 Franken pro Stunde. Doch die Firma bezahlte ihm nur den Waadtländer Mindestlohn, und der liegt bei 22 Franken. Und das über mehrere Monate.

Auch mit anderen Angestellten machte es die Firma gleich, sagt Pablo Guarino von der Unia Waadt. Er stellt klar: Das geht nicht! Entscheidend sei der Arbeitsort, nicht der Sitz der Firma: «Durch den Lohnschiss hat sich Loth Electricité einen unfairen Wettbewerbsvorteil verschafft – auf dem Buckel der Búezer.»

GRATISARBEIT

Das sei nicht der einzige Fall, in dem Loth die Bestimmungen des Waadtländer Elektro-Gesamtarbeitsvertrags (GAV) vorne und hinten nicht eingehalten habe, sagt Unia-Mann Guarino.

Beispiel Arbeitsweg: Morgens um zehn vor sieben müssen die Elektriker in der Firma sein. Bezahlt werden sie aber erst ab halb acht, wenn sie auf der Baustelle eintreffen. Das Gleiche am Feierabend: Die Firma bezahlt nur bis Arbeitsschluss auf der Baustelle um 16.30 Uhr, für den Rückweg zu Loth gibt's keinen Lohn. Dabei sagt der Gesamtarbeitsvertrag glasklar: Auch der Arbeitsweg muss bezahlt sein.

Beispiel Lohnabzüge: Mehreren Elektrikern hat Loth happige Beträge vom Lohn abgezogen wegen Schäden an Firmenautos – laut Guarino «völlig zu Unrecht». Bei Davy waren es 900 Fran-



«Die Firma hat mir 4500 Franken zu wenig bezahlt.»

DAVY, HILFSELEKTRIKER

ken. Als er sich deswegen beschwerte, hat das Unternehmen ihn kurzerhand entlassen.

Pablo Guarino berichtet von «einem Klima der Angst», das in der Firma mit rund 50 Angestellten herrsche. Loth streiche den Angestellten willkürlich Arbeitsstunden wegen «schlechter Arbeit», und wer einen Arbeitsrapport

zu spät abgebe, bekomme den Lohn erst mit Verspätung.

VERWAISTER FIRMENSITZ

Jetzt wehren sich die Stromer. Sechs von ihnen meldeten sich bei der Unia. Die Gewerkschaft forderte daraufhin die Firma unmissverständlich auf, den GAV einzuhalten. Und das Waadtländer Elektrikerkomitee (siehe Spalte rechts) rief zum Protest auf. Rund vierzig Berufskollegen demonstrierten zusammen mit den Loth-Elektrikern vor dem Sitz der Firma.

Doch der Firmenchef nahm reissaus. Mehr noch: Er wies alle seine Angestellten an, am Tag der Aktion das Büro früher zu verlassen oder von der Baustelle direkt nach Hause zu fahren. Als Unia-Sekretär Pablo Guarino mit den protestierenden Elektrikern beim Firmensitz ankam, traute er seinen Augen nicht. Nicht nur war alles verwaist: «Der Chef hat sogar die Firmenschilder abmontieren lassen!»

Das sei auch eine Antwort, so der Gewerkschafter lakonisch: «Wenn er nichts zu verbergen hätte, würde er uns empfangen, um zusammen eine Lösung zu finden.» Gegenüber work wollte Loth keine Stellung zu den Vorwürfen nehmen, mit Verweis auf ein «laufendes juristisches Verfahren». Eine rätselhafte Begründung: Der Unia ist nämlich kein Verfahren bekannt.

WAADTLÄNDER
ELEKTRIKER-GRUPPE

MEHR WERT

Dem Waadtländer Elektrikerkomitee gehören etwa 40 Berufsleute an. Es hat sich vor einem Jahr unter dem Dach der Unia gebildet mit dem Ziel, den Beruf des Elektrikers aufzuwerten. Unia-Mann Pablo Guarino: «Viele verlassen den Beruf kurz nach der Lehre, weil die Bedingungen so schlecht sind.»

PREMIERE. Der Protest gegen die Elektrofirma Loth war eine Premiere: Zum ersten Mal hat das Komitee öffentlich gegen ein Unternehmen protestiert, das den GAV nicht einhält. Es wird nicht das letzte Mal sein, lässt Guarino durchblicken: «Das Komitee hat beschlossen, fehlabare Betriebe systematisch anzuprangern.» (che)

Endo Anaconda
worksms

An das Wallis

Der Trump-Effekt wirkt. Gott sei Dank in die richtige Richtung. Andreas Oberwil-Lieli Glarner traut sich nicht einmal mehr, als Gemeindepräsident anzutreten. Und ihr habt Oskar Freysinger in Pension geschickt. Dank euch ist das Wallis wieder sicher! So ein Krawallstoppel passt nicht zu euch und zur Üsserschwiz auch nicht. Unsere Schweiz macht auch mich nicht immer glücklich, trotzdem haben wir noch ein Gespür für Anstand. Unsere Fahne ist das weisse Kreuz auf rotem Grund und nicht die Reichskriegsflagge. Walliser, wir lieben euch, aber verstehen euch immer noch nicht ganz. Ins Herz gemiselt! Endo

Ihr SMS an Endo:
077 437 56 82

Zehntausend unterschreiben für gute Pflege

BERN. Über 10 000 Menschen haben die von der Unia lancierte Petition «Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen» unterzeichnet. Sie fordern Politik und Arbeitgeberverbände dazu auf, ihre soziale Verantwortung ernst zu nehmen.

Das heisst ganz konkret:

- genügend Personal
- faire Löhne und Zulagen
- sichere Anstellungen
- gute Gesamtarbeitsverträge

Die Unia will ausserdem mit ihrer neuen Informationskampagne «In Menschen investieren statt Gewinne maximieren» ihrer Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege Nachdruck verleihen. Die Petition wird in den kommenden Wochen von Pflegenden übergeben werden.

Streik bei Walo

GENEVE. Die bekannte Bau-firma Walo will ihre Filiale in Satigny bei Genf schliessen und dort 40 Angestellte entlassen. Die betroffenen Bauarbeiter sind deshalb in den



FOTO: ERIC ROSET

Streik getreten. Eine erste Protestaktion am 17. März hatte keine Ergebnisse gebracht. Die Resultate der angekündigten Verhandlungen mit den Patrons waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Yves Mugny von der Unia Genf erklärt, dass es sich bei den entlassenen Bauarbeitern hauptsächlich um ältere Angestellte handle. Sie sollen mit einem miserablen Sozialplan abgespeist werden. Mugny: «Vorgesehen ist nur eine Abgangschädigung von einem Monatslohn!»

Schluss mit dem Gschtürm: Am Sonntag ist zu

BERN. Die Berner Kantonsregierung hat entschieden: Längere Ladenöffnungszeiten in der unteren Berner Altstadt sind vom Tisch. Wegen mangelnder Nachfrage. Gefordert hatte den Sonntagsverkauf die FDP. Peinlich für die Möchtegern-Lädeler: nicht einmal die direkt betroffenen Ladenbesitzer wollen ihre Geschäfte länger und am Sonntag öffnen. Muriel Zürcher von der Unia Bern freut sich über den Entscheid: «Dass in der Vernehmlassung praktisch alle gegen die Vorlage waren, ist ein schöner Erfolg. Und es bestätigt uns darin, weiter gegen längere Ladenöffnungszeiten zu kämpfen.» Die Unia Bern hatte gemeinsam mit den Ladenleuten der unteren Altstadt gegen das geplante Gesetz demonstriert.

Volksaufstand gegen Oskar Freysinger im Wallis. Nicht einmal die Feuerwehr mochte den Flächenbrand löschen.

Der Schuss ging hinten raus

Systematisch machte sich SVP-Staatsrat Oskar Freysinger Milieu um Milieu zum Feind. Ein Abgesang.

OLIVER FAHRNI

Er lümmelt grimmig herum. Er wäre so gerne der Alpen-Trump geworden. Jetzt ist er hässig. Zeigt, dass ihn dies alles nichts mehr angeht. Dabei hatte Oskar Freysinger solche Momente wie die Vereidigung der neuen Walliser Polizistinnen und Polizisten in der Kathedrale von Sitten immer genossen. Samt Fanfare, alten Waffen und beleibten Klerikern.

Doch im März hat ihm das Volk Böses angetan. Es hat den SVP-Staatsrat, den Vizepräsidenten der mächtigsten Partei des Landes, abgewählt. Es hat den Retter des Wallis, der Schweiz und des Abendlandes ans Kreuz genagelt. Den «Menschenjäger», der im Ulk-Film die «Grüezini» (Rest-Schweizer) vor die Flinte nahm (goo.gl/VUCf78), hat es unter Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt. Vorhang für den Bänkelsänger und Pissoirpoeten.

DAS UNVERDAUTE TRAUMA

Sorgen muss sich Freysinger (57) deswegen keine machen. Er kassiert eine Regierungsratsrente von über 80 000 Franken pro Jahr. Lebenslang. Plus, in ein paar Jahren, AHV und die zweite Säule der Lehrer-Pensionskasse. Das ist fürstlich: Der Zürcher Justizminister Martin Graf (Grüne) etwa musste sich nach der Abwahl im Jahr 2015 mit 14 Monatslöhnen begnügen. Aber Freysingers Flop ist eine Ohrfeige für die SVP. Sie hat nun in der Romandie keinen Regierungsmann mehr. Das Trauma der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat (2007) bekommt neues Futter.

Derweil atmen die Walliserinnen und Walliser auf. Etwas erschrocken über sich selbst: 2013 hatten sie Freysinger mit einer Rekordstimmenzahl in die Kantonsregierung gewählt. Der erste SVPLer in der CVP-Herrschaft. Der Mann mit dem Rossschwanz jubelte: «Das Wallis wird nie mehr dasselbe sein.» Viele hofften, auch unter den Christlichen, der SVP-Nationalrat werde die alte Clan-Wirtschaft im Kanton etwas aufmischen. An Korruption und Justizwillkür kratzen. Ein bisschen jedenfalls. Ein Gymlehrer, und sei er von der SVP, konnte so schlimm nicht sein. Er hatte ja auch gegen die Zweitwohnungsinitiative gewebelt. Jedenfalls war er kein Sozi. Aber fast so schlagfertig wie Peter Bodenmann, der auch mal Regierungsrat war und Präsident der SP Schweiz. Da sah man Freysinger den häufigen Griff ans eigene

Biberli meint: «Ein Rossschwanz weniger!»



Gemächt billigend nach. Dass er als Nationalrat kräftig für die Anti-Minarett-Initiative gewebelt hatte und auch sonst ein radikaler Islamhasser war, freute viele Walliser CVPLer. Schliesslich gehen manche noch immer bei den katholischen Fundis von der Piusbruderschaft in Ecône zur Beichte.

DER SADISTISCHE SHERIFF

Doch aus der Minne zwischen SVP und CVP wurde nichts. Bodenmann ahnte, Freysinger sei ein «Flipperkasten». Tatsächlich ging Freysinger vom ersten Tag an daran, sich selbst zu demontieren. Von Skandal zu Skandal. Ein Bon-

Offensichtlich hat die SVP ein Problem mit dem Regieren.

mot in den Visper Beizen geht so: «Was ist die kürzeste Distanz zwischen zwei Fettnäpfen: 1 Freysinger.»

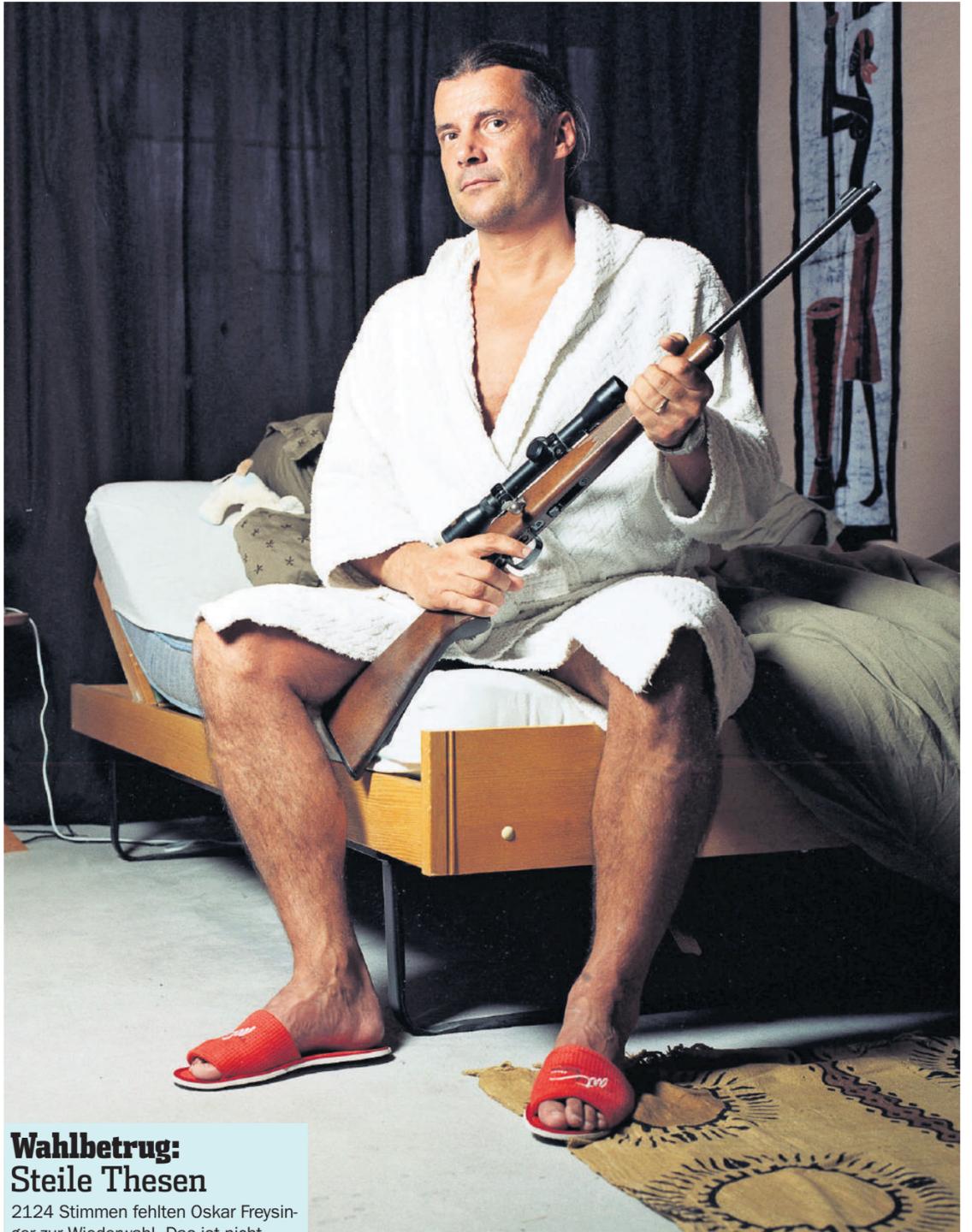
Es begann damit, dass Freysinger sich nicht aus dem Nationalrat zurückziehen wollte. Er musste. Dann forderte der Erziehungsminister von seinen Lehrerinnen und Lehrern, sie sollten Kinder von Sans-papiers denunzieren – damit sie samt Eltern ausgeschafft werden könnten. Viele Lehrer hatten Freysinger gewählt, weiss Mathias Reynard, mit 30 Jahren schon wiedergewählter Walliser SP-Nationalrat und Lehrer (und Unia-Mitglied). Reynard rief zum Widerstand auf, die Lehrkräfte verweigerten den Denunzierungsbefehl. Reynard: «Danach sind immer neue Konflikte aufgebrochen: Weil Freysinger das Budget für die Erziehung kürzte. Weil er gegen kleine Klassen war. Weil er die Zweisprachigkeit schwächte. Den Rest gab ihm die Affäre Cleusix.»

Jean-Marie Cleusix, Freysingers Erziehungsdirektor und ehemaliger Berufsmilitär, agierte, so der Lehrerverband, «kontrollsüchtig», «paranoid» und «sadistisch». Übername: «Sheriff». Freysinger deckte den katholischen Reaktionsär Cleusix drei Jahre lang. Unterlagen über eine angebliche hohe Steuerschuld verschwanden. Am Ende war der Mann nicht mehr zu halten. Vom Parlament suspendiert, bekam er einen Job am Collège von Saint-Maurice. Dort soll er, ausgerechnet, politische Ethik unterrichten. Studierende wehrten sich mit einer Petition, drei Parteien und die Lehrerschaft protestierten.

DER ZU KLEINE NOTAUSGANG

So treibt's Freysinger. Systematisch machte er sich Milieu um Milieu zum Feind. Sogar die Feuerwehr brachte er gegen sich auf. Als der regionale Feuerinspektor einen Notausgang eines Zermatter Clubs als zu klein befand, eilte Freysinger dem Clubbesitzer zu Hilfe, angeblich mit dem Metermass in der Hand. Der Club durfte eröffnet werden. Feuerwehrleute warnten darauf in den sozialen Medien vor vielen Toten im Brandfall – und vor der Wiederwahl Freysingers.

Offensichtlich hat die SVP ein Problem mit dem Regieren. Wo ihre Leute Wahlen gewinnen, scheitern die Rechtsausen oft. Blocher sah sich als Superregierer, wollte den Bundesrat wie einen Verwaltungsrat rumbefehlen. Demokratie ist keine SVP-Qualität. Manche Blocher-Jünger spüren sich nicht mehr, sobald sie ein Ämtlein besetzen. Freysinger machte seinen Verleger, den ultranationalistischen Russenfreund Slobodan Despot zum Chefberater und Redenschreiber. Despot leugnet den Völkermord von Srebrenica, bei dem serbische Einheiten Tausende Muslime töteten.



Wahlbetrug: Steile Thesen

2124 Stimmen fehlten Oskar Freysinger zur Wiederwahl. Das ist nicht knapp. Trotzdem verlangt die SVP eine Wiederholung der Wahl. Ihr Anlass: Wahlbetrug in Brig-Glis, Naters und Visp. In zwei Gemeinden stehen SVP-Männer an der Spitze, in der dritten ein CVPLer. Offenbar wurden ein paar Dutzend Couverts mit den Wahlunterlagen aus Briefkästen gefischt.

SKANDAL. Eine erste SVP-Beschwerde gegen die Vereidigung der Staatsräte wurde vom Grossen Rat abgelehnt; weitere sind hängig. Allerdings: Die knapp 100 Wahlzettel verändern die Reihenfolge nicht. Über die Hintermänner wird – Wallis bleibt Wallis – heftig spekuliert. Steilste These: Der Wahlbetrug wurde von SVPLern inszeniert, die mit der Abwahl von Freysinger im zweiten Wahlgang rechneten – und auf Vorrat einen Skandal produzieren wollten. Die Untersuchungen dauern an. (stu)

Freysinger auch. Und er verehrt Putin. Vom russischen Ideologen Alexander Dugin inspiriert, rief der Walliser die «konservative Revolution» aus. Mit Trump als « Hoffnungszeichen». Dann holte er Piero San Giorgio als Sicherheitsberater zum Kanton. Der Mann, der in Wirklichkeit Piero Falotti heisst, ist ein rechtsextremer Apokalypse-Theoretiker. Kranke und Behinderte dürften nicht existieren, gab der

GEWEHR BEI FUSS: Die Walliserinnen und Walliser hatten die Nase voll vom ewigen Provokateur Freysinger. Hier mit Flinte in seinem Schlafzimmer. FOTO: BRASCHLER/FISCHER

Millionär, der vom Oracle-Konzern kommt, in einem Video zum besten. Nach Protesten wurde San Giorgio gefeuert. Freysinger mimte Unschuld, er kenne San Giorgio gar nicht. Dumm nur, dass er auf seinen eigenen Blog ein Filmchen stellte, das ihn im angelegten Weltuntergangs-Gefasel mit San Giorgio zeigt. Er duzt San Giorgio. Der brachte Freysinger auch mit dem französischen Neonazi Alain Soral zusammen. So wundert es wenig, dass Freysinger, der Mann mit der Reichkriegsflagge im Home-Office, von Rechtsradikalen, Islamfeinden und Ultrationalisten europaweit als Redner herumgereicht wird.

Genau dies werfen ihm einige SVP-Kader vor, trotz Freysinger-Verehrung in der «Weltwoche» (Roger Köpplers «Ode an Freysinger»): dass er nicht kaschiert, worauf starke Teile der SVP wirklich bauen und abzielen.

DIE FALSCHER MARIA

Inzwischen wird es wohl nur noch wenige Walliserinnen und Walliser geben, die nicht irgendwann eine Anti-Freysinger-Petition unterschrieben haben. Ein Wahlkampfplakat der SVP zeigte eine verhärmte «Maria», eine an-

gebliche Familienmutter, die ihre Miete nicht mehr bezahlen kann. Und darunter der Satz: Der Staat bezahlt 650 000 Franken pro Monat für die

Bei Europas Völkischen war Freysinger ein Star.

Miete von Migrantinnen. «Maria» gibt es nicht, das Foto wurde von einer Datenbank eingekauft. Daraufhin empfahlen die Juso, Freysinger solle seine 80 000-Franken-Rente doch einfach spenden. Ein Lehrer, Yannick Délitroz, schrieb einen Aufruf gegen die Plakate unter dem Titel: «Schande über Euch!». Worauf sich 1000 Leute an einer Anti-Freysinger-Demo in Sitten einfanden.

In der Not gab sich der SVP-Star selbst den Rest: In seinen Adern fliesse sowieso kein welsches Blut. Aber viel Tiroler Saft. Und deutscher. So scheiterte Oskar, der SVP-Trommler: Bei Europas Völkischen war er ein Star. Zu Hause brachte er das Volk ziemlich geschlossen gegen sich auf. Eine breite Abwahlkampagne, von «Schneiden wir ihm den (Ross-)Schwanz ab!» bis zum «Aufstand der Anständigen», schickte ihn nach Hause.

Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner ist einer der Väter der Renten- Ein Heilandsack für mehr

Das parlamentarische Ringen um die Altersreform 2020 war episch, aggressiv. Jetzt kommt der Abstimmungskampf. SGB-Präsident Paul Rechsteiner blickt zurück und nach vorne.

CHRISTINA SCHEIDEGGER, CLEMENS STUDER

work: Die Altersreform 2020, die Sie massgebend geprägt haben, kam mit dem knappstmöglichen Resultat durch den Nationalrat. Sie standen hinten im Saal und kommentierten die 101 Ja-Stimmen mit «Heilandsack» Warum?

Paul Rechsteiner: Das war meine spontane Reaktion auf das extrem ökonomische Resultat: keine Stimme zu viel, keine zu wenig.

Ein erleichtertes Heilandsack also?

Ja, da war viel Erleichterung dabei. Der Prozess um die Altersreform 2020 war ein Krimi. Der Bundesrat schlug zu Beginn eine Abbauvorlage vor. Höheres Rentenalter für Frauen, Senkung des Umwandlungssatzes, keinen garantierten Teuerungsausgleich mehr für Rentnerinnen und Rentner, Teilrückzug des Bundes aus der AHV-Finanzierung und so weiter. Wir haben im parlamentarischen Ringen die Vorlage stark verbessern können. Und das trotz dem Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 und trotz den vielen Zweiflerinnen und Zweiflern, die sagten: bei diesen Machtverhältnissen ist es unmöglich, noch etwas zu erreichen.

Sie haben für den Kompromiss mit der CVP und der BDP zusammengespant. Ausgerechnet Vertreter dieser Parteien brachten kurz nach der Schlussabstimmung im Nationalrat über die jetzige Vorlage das Rentenalter 67 wieder ins Spiel. Ärgert sie das?

Nein. Niemand kann ernsthaft glauben, das Rentenalter 67 hätte irgendeine Chance beim Volk. Ausserdem wird die Vorlage am 24. September an der Urne nicht parteipolitisch entschieden.

Wie meinen Sie das?

Die Menschen schauen sich genau an, was die Vorlage für ihre Renten bringt. Es ist zwar wichtig, dass möglichst viele Parteien Ja zur Reform sagen, aber am Schluss werden nicht Parteiparolen die Abstimmung entscheiden. Es werden die Betroffenen selber sein, die ausgehend von ihrer persönlichen Situation Ja oder Nein stimmen werden. Und weil die Vorlage insgesamt viele Vorteile für viele Menschen bringt, gehe ich von einem Ja aus. Aber wir müssen dafür kämpfen.

Sie sind also trotz dem Widerstand von rechts und zum Teil auch in den eigenen Reihen zuversichtlich?

Ja, wenn wir die Vorteile der Reform gut erklären. Ich habe während und nach der Session im Bundeshaus so viele direkte Reaktionen wie noch nie bekommen. Die Leute haben die Debatte genau verfolgt. Die Stossrichtung der Reaktionen war: «Endlich geht wieder einmal etwas bei den Renten.» Aber es kommen auch viele Fragen. Etwa: Warum bekommen die bisherigen Rentner nicht mehr?

Und was antworten Sie darauf?

Die bisherigen Rentnerinnen und Rentner haben von der Revision keine Nachteile. Es ist uns gelungen, sämtliche Verschlechterungen abzuwehren. Und die AHV ist jetzt bis mindestens ins Jahr 2030 solide finanziert. Das ist auch für die aktuelle Rentnergeneration zentral.

Also Verteidigung statt Verbesserung.

Wie gesagt: Menschen, die bereits Rente beziehen, haben keine Verschlechterung. Die Rentenverbesserungen für Neurentnerinnen und -rentner werden via Lohnpromille ausschliesslich von den kommenden Generationen finanziert. Und die haben ja auch die Nachteile des höheren Frauenrentenalters und des sinkenden Umwandlungssatzes in der Pensionskasse.

Sie werden als Linker und Gewerkschafter in die Geschichte eingehen, der die Erhöhung



des Frauenrentenalters einfach geschluckt hat. Obschon die Frauen immer noch weniger verdienen als die Männer.

Das ist der grosse Negativpunkt. Ich habe den Antrag gestellt, die Erhöhung zu streichen – erfolglos. Nicht einmal alle Ständerätinnen und Ständeräte von SP und Grünen haben mich unterstützt. Jene, für die ausschliesslich das Frauenrentenalter zählt, kommen zu einer negativen Bilanz. Jenen, die alles andere ausblenden, kann man wenig entgegenhalten. Doch ziehen wir bei diesem Mischpaket eine Gesamtbilanz, fällt sie klar positiv aus. Die bisherigen Debatten in den Gewerkschaften zeigen, dass die Vorlage von links grossmehrheitlich positiv bewertet wird. Vor allem auch, weil die Entwicklung in die richtige Richtung geht und nach 40 Jahren Stillstand die Renten endlich wieder verbessert werden. Damit wird eine neue Etappe in der AHV-Geschichte eingeleitet.

Damit wird eine neue Etappe der AHV-Geschichte eingeleitet.

Für Sie ist die Altersreform 2020 in der vorliegenden Form historisch?

Ja, man muss das im historischen Zusammenhang sehen. Die erste Etappe waren die 30 Jahre Kampf vom Generalstreik bis 1948. Damals gelang endlich die Einführung der AHV nach vielen Niederlagen, bei noch sehr tiefen Renten. Die zweite Etappe war der grosse Ausbau in den 1970er Jahren, die sogenannten Tschudi-Reformen. Die dritte Etappe waren die Gleichstellungsfortschritte in den 1990er Jahren. Und die aktuelle Reform wäre die vierte Etappe mit einer Stärkung der AHV nach Jahrzehnten der Stagnation. Eine Bewegung weg von den Pensionskassen in der Krise hin zur AHV. Das ist ja nur logisch: Wenn die Pensionskassen für immer mehr Geld immer weniger bringen, muss die AHV gestärkt werden.

Wie erklären Sie sich den geradezu verbissenen Widerstand der Rechten?

Das liegt genau an dieser Stärkung der AHV. Die Rechten wollen dies um keinen Preis. In der Einigungskonferenz zwischen National- und Ständerat ging es von rechts höchst emotional und aggressiv zu. Die 70 Franken mehr AHV konnten sie einfach nicht ertragen. Sie hätten alles gemacht, um diese Verbesserung zu verhindern.

Das tönt ein wenig psycho.

Die AHV ist das sozialste Stück Schweiz und die grösste Errungenschaft der Schweizer Arbeiterbewegung. Sie gleicht nicht nur zwischen den Generationen aus, sondern auch zwischen Superreichen und Reichen auf der einen Seite und den Niedrig- und Mittelverdienenden auf der anderen. Die AHV demonstriert, wie effizient Solidarität ist. Und dies in einer Gesellschaft, in der es der Solidaritätsgedanke sonst gar nicht einfach hat. Die AHV ist gelebte Solidarität – das ist den rechten Parteien ein Dorn im Auge.

Linke, die der Altersreform 2020 wegen der Heraufsetzung des Frauenrentenalters ablehnend gegenüberstehen, sagen, der Entscheid zwischen Ja oder Nein sei ein Entscheid zwischen Kopf und Herz. Haben Sie kein Herz, Paul Rechsteiner?

Mein Herz schlägt für das grösste und wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Doch in den parlamentarischen Auseinandersetzungen spielt Strategie eine zentrale Rolle, da ist ein kühler Kopf wichtig. Was wir erreicht haben, ist eine Herzensangelegenheit. Es geht um die entscheidende Frage: Gibt es endlich wieder ein bisschen mehr Geld im Alter? Das ist für die meisten Menschen in diesem Land entscheidend.

Was bringt die Vorlage den Frauen?

Ein Beispiel von vielen: Heute haben 500 000 erwerbstätige Frauen keine oder fast keine zweite Säule, weil die Pensionskassen bei kleinen Ein-

kommen nicht funktionieren. Für diese halbe Million Frauen bringt die Vorlage auf einen Schlag 840 Franken mehr Rente im Jahr. Bei den Verheirateten sind es sogar bis zu 2712 Franken im Jahr.

Was sind schon 840 Franken mehr gegen ein ganzes Jahr länger arbeiten?

Auch Economiesuisse, der Arbeitgeberverband, die FDP und die SVP versuchen, diese 12x70 Franken lächerlich zu machen. Wer das macht, hat einfach keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit der Rentnerinnen und Rentner in diesem Land. Wie viele Male bin ich in den letzten Tagen von Leuten angesprochen worden, wie gut sie diese 70 Franken brauchen könnten. Auch bei den Löhnen wären das Zuschläge, die man spürt.

Es bleibt der Fakt, dass es lange gewerkschaftlicher Konsens war, keiner Erhöhung des Frauenrentenalters mehr zuzustimmen. Und schon gar nicht, bevor die Lohngleichheit in der Verfassung umgesetzt ist. Die Unia-Delegiertenversammlung hat deshalb gleichzeitig mit ihrem Ja zur Altersreform 2020 den Antrag für eine Subito-Initiative an den Gewerkschaftsbund gestellt. Gleicher Lohn, subito!

Dass bei der Lohngleichheit etwas passieren muss, ist klar. Aber mit einem Nein zur Altersreform 2020 kommen wir der Lösung dieses Problems keinen Schritt näher. Wie wir die Lohngleichheit erreichen, werden wir diskutieren müssen. Denn da gehen die Meinungen auseinander.

Und Sie? Was denken Sie?

Für diesen Sommer hat der Bundesrat eine Vorlage angekündigt. Schon jetzt ist klar, dass diese relativ zahlos sein wird. Aber immerhin kommt vom Bundesrat ein Vorschlag, trotz dem rechten Widerstand. Wir werden ihn genau studieren müssen. Gibt es Möglichkeiten zur Verbesserung der Vorlage im parlamentarischen Prozess? Wel-

Reform AHV

LANGE TRADITION: SGB-Präsident Paul Rechsteiner vor dem Hans-Erni-Plakat, das 1947 erfolgreich für die Einführung der AHV warb. FOTO: MANU FRIEDERICH

che Koalitionen können allenfalls geschmiedet werden, um die Vorlage zu verbessern?

Sind Sie optimistisch, in Zeiten der neuen Pussyhat-Frauenbewegung?

Politik ist keine Frage von Optimismus oder Pessimismus. Das zeigt auch die Altersreform. Wir mussten versuchen, in einer unübersichtlichen Ausgangslage das Beste herauszuholen. Wenn die Linke wach ist, bringt sie auch etwas zustande. Bei der Altersvorsorge ist das so, aber auch bei der Unternehmenssteuerreform III war das so. Und auch bei der Lohnungleichheit wird das hoffentlich so sein. Dank den neuen Frauenbewegungen müsste der Druck auf das Parlament steigen.

Zum Schluss bitte eine Prognose: Wie lange arbeiten wir im Jahr 2050?

Die Zukunft hat ja vor allem an sich, dass sie ungewiss ist. Wir Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, dass wir die Weichen für eine soziale Schweiz stellen können. Bei der AHV ist das vorläufig geglückt. Mit einem Ja am 24. September ist sie bis mindestens 2030 solide finanziert. Das ist eine lange, lange Zeit.

Warum das **Schweizer Rentensystem** eines der stabilsten ist, lesen Sie im **1x1 der Wirtschaft** auf Seite 11.

workfrage: Was halten Sie vom AHV-Kompromiss des Parlaments?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



MANN UND FRAU SIND GLEICHBERECHTIGT. DAS GESETZ SORGT FÜR IHRE RECHTLICHE UND TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG, VOR ALLEM IN FAMILIE, AUSBILDUNG UND ARBEIT. MANN UND FRAU HABEN ANSPRUCH AUF GLEICHEN LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT.

BUNDESVERFASSUNG ART. 8, ABSCHNITT 3

Seit 35 Jahren steht die Lohnungleichheit in der Schweizer Verfassung, wird aber immer noch nicht durchgesetzt: Die Unia geht in die Offensive

Noch über 80 Jahre wird es bis zur Lohnungleichheit dauern, wenn es weitergeht wie bisher. Das darf nicht sein, sagt die Unia. Und verlangt vom Gewerkschaftsbund die Prüfung einer Subito-Initiative zur Durchsetzung der Lohnungleichheit.

SABINE REBER

Die Lohnungleichheit von Mann und Frau steht seit über 35 Jahren in der Verfassung und seit mehr als 20 Jahren im Gleichstellungsgesetz. Aber dennoch verdienen die Frauen in der Schweiz noch immer rund 20 Prozent weniger als die Männer. Noch immer sind die Löhne in jenen Branchen tief, in denen vor allem Frauen arbeiten. Frauen erhalten auch weniger Boni und landen oft in schlechteren Lohnklassen. Sie leisten zudem 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte Care-Arbeit im Jahr. Und: Ihre Renten sind tiefer als die der Männer. Ganze 37 Prozent beträgt derzeit der durchschnittliche Einkommensunterschied zwischen pensionierten Männern und Frauen.

TIEFE FRAUENRENTEN

Der gigantische Lohnklauf an den Frauen ist bekannt und bestens dokumentiert. Seit Jahren. Und seit Jahrzehnten gehen Generationen von Frauen gegen diese Ungerechtigkeit auf die Strasse. Zuletzt am 18. März am Frauenmarsch in Zürich. Eine neue, junge Frauenbewegung macht sich in Zeiten des «Trumpismus» auch in der Schweiz bemerkbar. Sie ist entschlossen, Sexismus und Diskriminierung entgegenzutreten. Zum Beispiel der ewigen und verfassungswidrigen Lohnungleichheit.

Diese überschattet auch die aktuelle Diskussion um die AHV-Revision (siehe Interview mit Paul Rechsteiner). Vor allem Westschweizer Linke und Gewerkschaften wenden sich gegen die im Parlament äusserst knapp beschlossene AHV-

Vorwärts statt rückwärts!

Der Subito-Vorschlag der Unia kommt genau richtig, denn wir brauchen jetzt Vorwärtsstrategien und keine Rückwärtssaltos. Die Diskussion um die Rentenreform hat gezeigt, dass die Lohndiskriminierung lebenslange finanzielle Folgen für die Frauen hat. Die Vorschläge des Bundesrates reichen nicht im entferntesten, um das Unrecht zu korrigieren! Wir sollten die Beweislast umkehren, wie es auch Island plant. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich durchgesetzt werden. Ausserdem sollte ein Passus in die Initiative, der auch die Diskriminierung aufgrund von Familien- und Betreuungsarbeit beseitigt.

REGULA RYTZ, PRÄSIDENTIN GRÜNE PARTEI SCHWEIZ



«Die Zeit ist reif, einen grossen Schritt nach vorne zu wagen.»

UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA

Revision. Weil sie das Frauenrentenalter von 64 auf 65 erhöhen will. Sie haben nun das Referendum dagegen lanciert. Sowohl die Unia als auch der Gewerkschaftsbund sprechen sich aber für den Kompromiss



Überfällig!

Eine Durchsetzungsinitiative zur Lohnungleichheit halte ich für überfällig! Jetzt müssen wir mit der Gleichstellung in die Offensive, zumal das Frauenrentenalter so leichtfertig geopfert wurde. Ausserdem: Nur wenn auch linke Parteien und Gewerkschaften bei der Gleichstellung vorwärtsmachen, können wir etwas verändern. Darum fordern wir, dass SP-Männer nicht mehr an reinen Männerpodien teilnehmen und dass intern stärkere Frauenförderungsprogramme umgesetzt werden.

VIRGINIA KOEPLI, GL-MITGLIED JUSO UND SP FRAUEN

aus. Da ein «erfolgreiches Referendum lediglich den Status quo erhalten» würde. An der Lohndiskriminierung änderte es aber nichts. Und das sei unbefriedigend. Unia-Chefin Vania Alleva sagt es so: «Bei der Altersvorsorge wird besonders deutlich, wie skandalös die Lohndiskriminierung ist. Das systematische Lohndumping, von dem Frauen während ihres ganzen Erwerbslebens betroffen sind, führt zusammen mit familiär bedingten Erwerbsunterbrüchen und unfreiwilliger Teilzeitarbeit zu klar tieferen Altersrenten. Der Verfassungsartikel von 1981 und das Gleichstellungsgesetz von 1996 haben daran kaum etwas geändert.»

Mehr als 500 000 pensionierte Frauen leben in der Schweiz allein von der AHV, weil sie zu wenig verdient haben, um in die zweite Säule einzahlen zu können. Alleva ist überzeugt: «Damit die Frauen bessere

Renten bekommen, muss die Lohnungleichheit beseitigt und die Arbeit gerechter verteilt werden.» Nun gelte es, alle Kräfte zu bündeln und «zusammen in die Offensive zu gehen: Die Zeit ist reif, einen grossen Schritt nach vorne zu wagen.»

SUBITO-INITIATIVE

Der Bundesrat will das Gleichstellungsgesetz revidieren. Doch seine Vorschläge für mehr Lohnungleichheit sind lahm und zahllos. Firmen mit über fünfzig Angestellten sollen zwar verpflichtet werden, alle vier Jahre eine Lohnanalyse durchzuführen. Dabei müssten sie aber nur zeigen, dass sie die Löhne von Männern und Frauen verglichen haben. Nicht, was das Resultat ist. Staatliche Kontrollen und Sanktionen sind keine geplant. Sogar diese Alibiübung

Sofort umsetzen!

Es reicht! Die Umsetzung von Lohnungleichheit und Gleichberechtigung in Wirtschaft und Gesellschaft ist ohne Wenn und Aber sofort umzusetzen!

CORRADO PARDINI, UNIA-INDUSTRIECHEF, SP-NATIONALRAT



sties in der Vernehmlassung auf heftigsten Widerstand seitens der Unternehmerverbände und wird von den rechten Parteien im Parlament schärfstens bekämpft. Bis im Sommer will Gleichstellungsministerin Simonetta Sommaruga nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Doch sie wackelt im scharfen Gegenwind.

Darum hat die Unia jetzt eine Resolution zuhanden des Gewerkschaftsbundes (SGB) verabschiedet. Corinne Schärer von der Unia-Geschäftsleitung: «Es muss jetzt

Das Volk mobilisieren!

Viele Frauen bekommen für gleichwertige Arbeit nicht den gleichen Lohn wie Männer. Obschon die Bundesverfassung das vorschreibt. Und zwar seit gut 35 Jahren. Die Unia-Delegiertenversammlung vom 24. März möchte das ändern. Der Gewerkschaftsbund könnte doch das Volk mobilisieren. Mit einer Durchsetzungsinitiative: Tun, was in der Verfassung steht. Typisch Unia.»

HELMUT HUBACHER, EHEMALIGER SP-PRÄSIDENT



etwas gehen, und zwar schnell!» Die Resolution fordert die Prüfung einer Subito-Initiative zur Durchsetzung der Lohnungleichheit. Der SGB hat die Resolution entgegengenommen. Das Ziel ist unbestritten, der schnellste Weg dazu wird nun diskutiert. work bleibt dran.

60 Jahre EU Europa auf der Kippe

Die EU feiert dieser Tage ihr 60jähriges Bestehen. Ein Erfolg: Die europäischen Nationen haben seither keine Weltkriege mehr angezettelt. Und für die Völker, die lange in einer Diktatur lebten, bedeutete die EU Demokratie: für Spanien, Portugal und die Oststaaten. Die EU stand auch mehrere Jahrzehnte lang für Wirtschaftswachstum



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

und ein besseres Leben in einem immer grösser werdenden Binnenmarkt.

Das hat sich jedoch dramatisch verändert. Heute steht die EU auch für 20 Millionen Arbeitslose und Einkommensverluste für weite Teile der Arbeitenden. Die Zukunft der EU ist auf der Kippe. Kommt jetzt der Niedergang, ja gar der Zerfall? Der Brexit, also der Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union, könnte ein Zeichen dafür sein. Der Aufschwung der rechten Nationalisten in verschiedenen Ländern ein anderes.

ERKLÄRUNG. Aber es ist auch möglich, dass die EU sich wieder fängt. Mit Grossbritannien tritt ein Land ab, das den sozialen Fortschritt immer abbremsen und nach mehr Deregulierung rief. Der Brexit und die Gefahr des Zerfalls können Anstoss dafür sein, dass die EU-Führung endlich wieder Reformen anpackt, die Jobs schaffen und das Leben der Leute verbessern.

Die feierliche Erklärung der 27 EU-Staaten aus Anlass des runden Geburtstags zielt unter anderem auf ein «Europa, das Arbeitsplätze schafft» und ein «soziales Europa, das der Schlüsselrolle der Sozialpartner Rechnung trägt und Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpft».

Als die Regierungschefs ihre Unterschrift darunter setzten, war Luca Visentini vom Europäischen Gewerkschaftsbund dabei. Sein Kommentar: «Schöne Worte, die nun in Taten umgesetzt werden müssen. Die Arbeitenden wollen konkrete Antworten auf das Desaster sehen, das Bankenkrise und jahrelange Sparpolitik angerichtet haben.» Ende April werden wir mehr wissen: Auf diesen Termin hat die EU-Kommission ein Paket für die Förderung «sozialer Rechte» versprochen.

UNIA online



Umfrage im Online- und Versandhandel

Immer mehr Menschen kaufen Waren online. Die Berufe und Tätigkeiten im Online- und Versandhandel sind sehr vielfältig. Doch wie steht es um die Arbeitsbedingungen der Angestellten? Die Unia lanciert eine Umfrage bei den Beschäftigten, um mehr über die Arbeitssituation in der Branche zu erfahren. Direkt zur Umfrage: www.service-arbeitszeit.ch/onlinehandel



MEHR DAVON: Arbeitsmarktkontrolle, hier beim Landi-Zentrallager in Dotzigen BE (Archivbild). FOTO: MANU FRIEDERICH

Neue Initiative gegen Lohndumping im Kanton Bern: Stoppt die Lohndrücker!

Jetzt hat auch Bern genug vom Lohndumping. Der kantonale Gewerkschaftsbund will eine Volksinitiative starten.

RALPH HUG

Die Stimmung war eindeutig: «Es reicht!» Mitte März beschloss der Berner Gewerkschaftsbund (GKB), eine kantonale Initiative gegen Lohndumping zu lancieren. Denn die Lohndrückerei grassiert auch im Kanton Bern. Zwei Beispiele: Auf der Grossbaustelle Postparc beim Berner Hauptbahnhof speiste eine Tessiner Firma italienische Arbeiter mit Tieflohnen von 8 Euro ab. Der Generalunternehmer Steiner AG wusste davon, unternahm aber nichts. Und die Frutiger AG aus Thun wusch ihre Hände in Unschuld, als im Juli 2015 ein Lohnskandal aufflog. Polnische Gipsler hatten lediglich 1200 bis 1600 Franken erhalten. Der korrekte Lohn wäre 4800 Franken gewesen.

ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE

In beiden Fällen waren undurchsichtige Subunternehmerketten am Werk. Bei solchen sind am Schluss der Kette immer Bützer mit Tieflohnen die Leidtragenden, während alle anderen abkassieren. Für Corrado Pardini sind primär die Generalunternehmen verantwortlich. Der Unia-Industriechef und GKB-Präsident will jetzt solche Ketten

brechen. Zumindest bei öffentlichen Aufträgen.

Der Entwurf zur kantonalen Initiative sieht vor, dass der Kanton, die Gemeinden und die öffentlichen Unternehmen Arbeiten nur an Firmen vergeben, welche die Gesamtarbeitsverträge einhalten. Und die Weitergabe an Subunternehmen soll nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich sein.

SKLAVENÄHNLICHE ZUSTÄNDE

Fachleute unterstützen den geplanten Vorstoss. So fordert Stefan Hirt, Chefinspektor der Berner Arbeitsmarktkontrolle: «Subunternehmen müssten eingeschränkt oder viel genauer kontrolliert werden.» Die Generalunternehmer müssten sie bei Verstössen zwingend sanktionieren. Die Fälle von Missbrauch nähmen ständig zu.

Hirt muss es wissen. Auf seinen Kontrollgängen hat der Inspektor schon allerhand erlebt. Bis hin zu sklavenähnlichen Verhältnissen mit Arbeitern aus Osteuropa, die durch mutmassliche Menschenhändler eingeschleust worden waren. Gegen 900 Bussen verhängte die Berner Arbeitsmarktkontrolle allein letztes Jahr gegen fehlbare Firmen.

MANGELNDE KONTROLLEN

Generalunternehmer sind heute verantwortlich für ihre Subunternehmer. Der Nationalrat hatte 2012

gegen den Widerstand der Wirtschaftslobby die Solidarhaftung bei Lohnverstössen eingeführt. Die Gewerkschaften hatten schärfere flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit gefordert. Viel bewirkt hat diese Verschärfung jedoch nicht, wegen mangelnder Kontrollen. Ein Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) stellte vor einem Jahr fest, dass die meisten Kantone viel zu wenig kontrollieren. Und so Lohndumping ermöglichen.

Die meisten Kantone kontrollieren viel zu wenig.

Zudem verhindert oft das fehlende Zusammenspiel der beteiligten Behörden einen effizienten Zugriff auf Lohndumper. Gefordert sind dabei vor allem Arbeits- und Migrationsämter und die tripartiten Kommissionen, also jene Gremien in den Kantonen, in denen Vertreter von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmenden gemeinsam Lohndumping verhindern – oder es jedenfalls verhindern sollten. Der Berner Gewerkschaftsbund sucht nun Partner für seine Initiative. Sekretär Johannes Wartenweiler: «Wir fragen zuerst tripartite Kommissionen, aber auch Gewerbeverbände an.» Ob die Initiative gestartet wird, entscheidet der Vorstand des Gewerkschaftsbunds im Sommer.

KAMPF GEGEN LOHNDUMPING:

WAS BISHER GESCHAH

Im Kampf gegen Schwarzarbeit traf das Kantonsparlament von Baselland im Jahr 2013 als Pionier erweiterte Massnahmen gegen Lohndumping auf dem Bau. Man schuf eine spezielle Aufsicht und intensivierte die Kontrollen. Das kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit kann sogar die Einstellung der Arbeiter auf einer Baustelle verfügen, wenn es Missstände feststellt.

GEHÄSSIG. Genau das Gleiche wollte eine Initiative im Kanton Zürich ermöglichen. Der Vorschlag stammte von der Unia. Selbst Arbeitgeber setzten sich im Interesse eines fairen Wettbewerbs für die Initiative ein. Doch das Volk lehnte den Vorstoss im Februar 2016 nach einer gehässigen Gegenkampagne aus bürgerlichen Kreisen deutlich ab. (rh)

Zementkonzern Lafarge Holcim: Europäischer Betriebsrat neu organisiert EU-Recht stärkt Schweizer Bützer

Im fusionierten Zement-Giganten Lafarge Holcim sind jetzt auch die Schweizer Arbeitnehmenden im Europäischen Betriebsrat vertreten.

RALPH HUG

Vor zwei Jahren fusionierten die Schweizer Holcim und die französische Lafarge zum grössten Zementkonzern der Welt. Das hat auch für die Arbeitnehmenden des Giganten in Europa Folgen: Der Europäische Betriebsrat (EBR) wird neu organisiert. Dieser Rat ist als Arbeitnehmervertretung in der EU für alle Konzerne vorgeschrieben, die Standorte im EU-Raum haben. Er garantiert die Mitsprache der Beschäftigten, und zwar bei allen länderübergreifenden Projekten, Umstrukturierungen oder Verlagerungen. Aber auch, wenn neue Produktionsprozesse eingeführt werden.

Der EBR-Koordinator bei der Unia, Rolf Beyeler, sagt: «Der Kon-

zern muss den Betriebsrat informieren, konsultieren und dessen Meinung Rechnung tragen.» Der Betriebsrat diene als Plattform für den sozialen Dialog zwischen den europaweit Beschäftigten und dem Management.

IM SOMMER. Bei Lafarge Holcim zählt das neue Gremium nunmehr 28 Delegierte aus 14 Ländern und vertritt die Interessen von über 20 000 Beschäftigten in Europa. Beyeler freut sich vor allem darüber, dass es erstmals ge-

Der neue Betriebsrat vertritt die Interessen von 20 000 Menschen.

lungen ist, auch die Schweiz einzubinden: Die 2000 Beschäftigten von Holcim hierzulande – rund die Hälfte arbeiten in der Konzernverwaltung – sind ab sofort ebenfalls im Betriebsrat vertreten. Wie



MIT DABEI: Auch die Angestellten des Holcim-Werks in Siggenthal AG werden vom neuen Europäischen Betriebsrat vertreten. FOTO: PD

der neue Rat personell aussieht, ist noch offen. Die Wahlen finden erst noch statt. Beyeler hofft aber, dass dies schnell gehe: «Der EBR soll seine Arbeit noch diesen Sommer aufnehmen.» Das Gremium wird dabei von zwei Profi-Gewerk-

schaftern der zuständigen Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter unterstützt. Einer davon ist Rolf Beyeler selbst. Diese Woche hat auch er in Paris seine Unterschrift unter die EBR-Vereinbarung gesetzt.

Coiffeuse Marina Truffer (26) freut sich riesig:

«Endlich 4000 Franken Lohn!»

Nur 3800 Franken brutto, das verdient eine Coiffeuse mit Lehrabschluss. Gut, dass sich das jetzt ändert.

CHRISTIAN EGG

Coiffeuse Marina Truffer aus Spiez im Berner Oberland strahlt und sagt: «Jetzt steigt mein Lohn auf 4000 Franken!» 4000 Franken brutto für einen 100-Prozent-Job, das sieht der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vor, den die Gewerkschaften Unia und Syna mit dem Verband Coiffure Suisse ausgehandelt haben. Für Leute mit Berufserfahrung bringt er endlich einen höheren Mindestlohn (siehe Tabelle unten). Ein Durchbruch, der sich für viele auszahlt.

MINDESTLÖHNE FÜR UNGELERTE

Schon fünf Jahre arbeitet Marina Truffer im Beruf, und trotzdem verdient sie für ihr 80-Prozent-Pensum derzeit nur 3040 Franken im Monat. Umgerechnet auf hundert Prozent sind das 3800 Franken im Monat. Das ist der heutige Mindestlohn für Coiffeusen mit Lehrabschluss. Truffer kommentiert: «Ich bin gerne Coiffeuse, denn es gibt immer wieder Neues.» Doch der tiefe Lohn sei schon

Neuer GAV: Mehr Lohn für erfahrene Coiffeusen

Mindestlohn in CHF nach 5 Jahren Berufserfahrung

Ausbildung	alter GAV	neuer GAV
3jährige Lehre	3800.–	4000.–
2jährige Lehre	3420.–	3900.–
ohne Lehre	–*	3800.–

* kein Mindestlohn im alten GAV

Der neue Gesamtarbeitsvertrag bringt neben Mindestlöhnen neu auch 200 Franken Lohnzuschlag für Coiffeusen, die Stiften und Stifte ausbilden. Und hält erstmals fest: Der Arbeitgeber muss Arbeitszeit und Überstunden der Angestellten erfassen.

Die Unia entscheidet im April, ob sie dem neuen Vertrag zustimmen will, die Patrons im Mai. Sagen beide Ja, muss der Bund den Vertrag für allgemeinverbindlich erklären. Dann gilt er für alle angestellten Coiffeusen und Coiffeure in der Schweiz. Der Vertrag tritt voraussichtlich diesen Herbst in Kraft. (che)

ein Problem. Umso grösser ihre Vorfreude auf den Herbst. Dann wird der neue Gesamtarbeitsvertrag voraussichtlich in Kraft treten.

Fortschritte bringt der neue GAV auch den Coiffeusen und Coiffeuren ohne Lehrabschluss: Erstmals sind auch sie dem Vertrag unterstellt. Und auch für sie gelten jetzt Mindestlöhne. Diese gehen von 3350 Franken für Einsteigerinnen bis 3800 Franken im fünften Berufsjahr.

IMMER NOCH KEIN DREIZEHNTER

All diese Verbesserungen gab es nicht geschenkt: Ganze neun Verhandlungsrunden waren dafür nötig. Unia-Verhandlungsführerin Véronique Polito erinnert sich: «Wir wollten endlich einen Mindestlohn von 4000 Franken. Die Arbeitgeber sprachen zuerst von Löhnen von weit unter 3000 Franken für Unqualifizierte.»

Lange habe man aneinander vorbeigeredet. Die Arbeitgeber argumentierten, höhere Mindestlöhne für Lehrgänger lägen einfach nicht drin. Doch

dann hatte die Unia-Frau eine Idee: «Ich probierte etwas Neues: Wie wäre es denn mit einem schrittweisen Lohnanstieg für erfahrene Angestellte?» Darauf stiegen die Chefs ein.

«Die neuen Mindestlöhne werden in der Branche viel bewirken.»

VÉRONIQUE POLITO, UNIA

stieg für erfahrene Angestellte?» Darauf stiegen die Chefs ein.

Ein wichtiger Schritt. Gewerkschafterin Polito ist überzeugt: «Diese neuen Mindestlöhne werden in der Branche viel bewirken.» Denn bisher würden viele Betriebe unqualifiziertes Personal zu Dumpinglöhnen beschäftigen. Das erzeuge auch Druck auf die Löhne der Qualifizierten. Diese Abwärtsspirale ist jetzt gestoppt.

Dennoch gibt es noch viel zu tun. Nach wie vor gibt es in der Coiffurebranche keinen 13. Monatslohn. Auch Coiffeuse Marina Truffer findet, dass sich das ändern müsse: «Es wäre super, wenn wir im nächsten GAV den Dreizehnten bekämen!»



MARINA TRUFFER: «Es wäre super, wenn wir im nächsten GAV den 13. Monatslohn bekämen.» FOTO: CAROLINA PIASECKI

HÖHERE COIFFEURPREISE FÜR FRAUEN HAARIGE SACHE

Warum eigentlich kostet der Coiffeur für Frauen fast immer viel mehr als für Männer? Coiffeuse und Unia-Mitglied Marina Truffer sagt klar: «Das ist nicht fair. Für einfaches Waschen, Schneiden und Föhnen sollten Frauen nicht mehr bezahlen als Männer.» Nur wenn ein Frauen-Haarschnitt aufwendiger sei, etwa noch mit Färben oder zusätzlichem Styling, sei ein höherer Preis in Ordnung. Auch bei Kleidern oder Kosmetikprodukten zahlen Frauen oft mehr. Gender Pricing nennt sich das. Eine Studie der Stadt New York zeigt: Der Aufschlag für Frauen beträgt im Schnitt sieben Prozent. Der Gewerkschafter und SP-Nationalrat Jean-Christophe Schwaab will diese Praxis jetzt stoppen. In einem Postulat fordert er den Bundesrat auf, die Preisunterschiede zu untersuchen und gegebenenfalls Massnahmen vorzuschlagen.

TEURE EXTRAS. Der Verband Coiffure Suisse äussert sich offiziell nicht zum Thema. Präsident Damien Ojetti sagt: «Die Preisgestaltung ist jedem Coiffeur selber überlassen.» Er selber verlange für das blosse Schneiden denselben Preis für Frauen und Männer. Oft möchten aber Frauen zusätzliche Dienstleistungen, und die kosteten eben extra. Etwas anders sieht es der Coiffeur einer Bekannten. Er könne seine Preise für Frauen nicht einfach senken, sagt er gegenüber work: «Sonst denken die Frauen, ich sei kein guter Coiffeur, und gehen woanders hin.» (che)



la suisse existe
Jean Ziegler

APRIL 1917

Der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn schreibt: «Die Revolution, die die Welt aus den Fugen riss, begann im April... und sie begann in der Schweiz.» Das war vor 100 Jahren (mehr zum Thema auf den Seiten 8–9). An einem sonnigen Aprilmorgen 1917 versammelten sich eine Handvoll russischer Revolutionärinnen und Revolutionäre, aus Genf und Zürich kommend, auf einem Perron

Lenin war einer der brilliantesten Philosophen des 20. Jahrhunderts.

in Bern. Unter ihnen: Wladimir Iljitsch Uljanow, Kampfname Lenin, und seine Frau Nadeschda Krupskaja. Der Zug brachte sie nach Schaffhausen. Jenseits der Grenze wartete ein Eisenbahnkonvoi der Deutschen Reichsbahn. Die Reisenden stiegen ein. Die Türen wurden plombiert. Die Fahrt ging quer durch das vom Weltkrieg verwüstete Land bis nach Sankt Petersburg.

MIT TINTE. Lenin war damals 47. Viel von dem, was nach seinem gelungenen Staatsstreich im folgenden Oktober (nach julianischem Kalender) als Regierungsprogramm von den siegreichen Revolutionären umgesetzt wurde, hatte er bereits ab 1903 in seinem Genfer Exil erarbeitet. Und zwar an einem ganz unerwarteten Ort: in den vornehmen Räumen eines Palais in der Genfer Altstadt. Dort residiert bis heute die «Société de Lecture», eine 1818 von kultivierten Genfer Aristokraten gegründete Bibliothek. Heute wird sie geleitet von der eleganten, klugen Delphine de Candolle.

In einem gesonderten, brandgeschützten Raum im zweiten Stock liegen historische Schätze. Lenin sass jahrelang acht Stunden am Tag in der Bibliothek. Er hielt sich nie an das Reglement. In kräftiger lateinischer Schrift schrieb er – mit Tinte! – seine eigenen Kommentare an den Rand der Buchseiten. Oft sind diese Kommentare hochinteressant. Ein Beispiel: Im Essay «Das Leben Jesu» des französischen Religionswissenschafters Ernest Renan steht: «Jesus ist in die Welt gekommen, um Macht und Reichtum zu vernichten, nicht um sich ihrer zu bemächtigen.» An den Rand schrieb Lenin: «Hier ist der wahrhaftige Sozialismus.»

DIE WARNUNG. Lenin erlitt seinen ersten Hirnschlag 1922. Müde und abgekämpft sass er im Rollstuhl. Er konnte kaum noch sprechen. Aber denken, analysieren konnte er noch. Nadeschda Krupskaja las seine Gedanken von den zitternden Lippen und trug sie ins Zentralkomitee. Lenin warnte seine Genossinnen und Genossen vor dem aufbrausenden, unberechenbaren Temperament des erst spät ins Zentralkomitee gewählten jungen Georgiers Josef Stalin. Dessen grausamer Charakter beunruhigte den kranken Mann. 1924 erlitt er einen zweiten Hirnschlag. Lenin starb. Stalin beerbte ihn... und liess nach und nach die alten Gefährten Lenins ermorden, insbesondere jene des Schweizer Exils.

Die paar Dutzend Frauen und Männer, die von der einst hoffnungsvollen Schweizer Linken heute noch übriggeblieben sind, wollen die russische Revolution im November feiern. Sie sollten das im April tun. Und eines Mannes gedenken, der einer der brilliantesten politischen Theoretiker und Philosophen des 20. Jahrhunderts war.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Der Historiker Christian Koller erklärt den helvetischen Antikommunismus Moskau einfach!

Wer ein linkes Anliegen diskreditieren will, beschimpft es als «kommunistisch». Zum Beispiel der Zürcher SVP-Nationalrat Gregor Rutz. Er will nicht mehr gemeinnützigen Wohnungsbau in der Schweiz und polemisiert deshalb: «Wir sind doch keine kommunistische Republik!» (NZZaS, 29.1.2017). Kommunismus-höse-unschweizerisch. «Geht doch nach Moskau!» riefen die Freisinnigen den 68ern im Kalten Krieg zu. Und: «Moskau einfach!» Der Antikommunismus in der Schweiz hat eine lange Tradition. Das zeigt der Historiker Christian Koller, Leiter des Sozialarchivs Zürich.

«Als sich abzeichnete, dass die bolschewistische Herrschaft in Russland mehr als nur ein Intermezzo sein würde, verbreitete sich in Europa die Furcht vor einer «Ansteckung» weiterer Länder mit der kommunistischen Idee. So galt die sowjetische Vertretung in der Schweiz in bürgerlichen Kreisen als Revolutionszentrale – und die Führer der Schweizer Arbeiterbewegung als deren Befehlsmultiplicier. Kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs, am 6. November 1918, beschloss der Bundesrat deshalb die Ausweisung der gesamten Sowjetvertretung – auch auf Druck der Siegermächte. Der Beschluss wurde knapp eine Woche später umgesetzt, just am ersten Tag des Landesstreiks.

Nach der Ausweisung der Sowjetvertreter führte die Bundesanwaltschaft eine grossangelegte Untersuchung durch. Sie förderte kein belastendes Material bezüglich der Mithilfe am Generalstreik zutage. Trotzdem hielt sich die Behauptung, der Generalstreik sei von den Sowjets initiiert worden, in der bürgerlichen Presse und Geschichtsschreibung hartnäckig bis in die 1960er Jahre. Sie stand in der Tradition von Verschwörungstheorien, die Streiks bald auf eine internationale anarchistische Konspiration, bald auf jüdische Börsenspekulanten, bald auf konkurrierende ausländische Kapitalisten zurückführten. Die Öffnung russischer Archive in den 1990er Jahren entzog solchen Theorien dann definitiv den Boden.

KOMMUNISTENVERBOT
Der Antikommunismus entwickelte sich rasch zu einer innenpolitischen Waffe gegen links. Streiks diskreditierte man gern als von Moskau gesteuerte Aktionen. Die Bürgerwehren, die in der Zeit des Landesstreiks entstanden waren, schlossen sich 1919 zum Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) zusammen, der sich auf Streikabwehr und die Bespitzelung linker Organisationen konzentrierte.
Der Westschweizer SVV-Sekretär Théodore Aubert gründete 1924 die «Entente internationale anticommuniste», die auch mit Organisationen aus dem rechtsradikalen Spektrum zusammenarbeitete. Aubert selber vertrat ab 1935 die faschistische Union nationale im Nationalrat. Die kleine Kommunistische Partei, die als Abspaltung von der SP entstanden war

und wählernässig stets unbedeutend blieb, wurde Ende der 1930er Jahre in verschiedenen Kantonen verboten, 1940 dann schweizweit.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN
Häufig mischten sich in den Antibolschewismus auch antisemitische Töne. Als im Frühjahr 1919 in Ungarn vorübergehend eine Räteregierung an die Macht kam, schrieb der Schweizer Botschafter in Wien nach Bern, Ungarn werde nun von einem «modernen Typus des Halbgebildeten» regiert: «Kaffehaustheoretiker, alles Juden, die jahrelang in unproduktiven Theorien unbefriedigtem Machttrieb huldigten.»

Und ein Lagebericht des Generalstabs behauptete, der Delegierte des sowjetischen Roten Kreuzes in der Schweiz habe einen Anhang von Juden um sich, die als notorische Bolschewisten bekannt sind und mit denen mehr oder weniger anständige Russen nichts mehr zu tun haben wollen.
Im Jahr 1938 stellte dann der Propagandafilm «Die Rote Pest» den Landesstreik als Teil einer jüdisch-bolschewistischen Verschwörung dar. Dieses Machwerk der Propaganda wurde durch die Schweizer Arbeiterbewegung als deren Befehlsmultiplicier. Kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs, am 6. November 1918, beschloss der Bundesrat deshalb die Ausweisung der gesamten Sowjetvertretung – auch auf Druck der Siegermächte. Der Beschluss wurde knapp eine Woche später umgesetzt, just am ersten Tag des Landesstreiks.

war von der «Aktion gegen den Kommunismus» produziert worden.
DAS ATTENTAT
Auch die helvetische Aussenpolitik folgte einem strikt antikommunistischen Kurs. Zwar forderten sowohl linke als auch Handelskreise immer wieder die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion. Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern verschlechterte sich aber weiter, als 1923 der reparierte Russlandschweizer Moritz Conradi an einer internationalen Konferenz in Lausanne den Diplomaten Wazlaw Worowski erschoss. Der Bundesrat wollte der sowjetischen Regierung nicht kondolieren, und ein Lausanner Geschworenengericht sprach Conradi sogar frei. 1934 stimmte die Schweiz als einer von nur drei Staaten gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund.

Eine vorübergehende Kehrtwende brachte dann der Vormarsch der Roten Armee an der Ostfront des Zweiten Weltkriegs. 1944 liess die Schweiz die Gründung der Partei der Arbeit (PdA) zu, und zwei Jahre später nahm sie diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf.
Der kurz darauf einsetzende Kalte Krieg liess den helvetischen Antikommunismus dann aber rasch wieder in alter Stärke aufleben. Dieser nahm nicht nur die moskautreue PdA ins Visier, sondern gleich alles Kritische und Nonkonforme im Land. Die simple Antwort auf alle unbequemen Fragen hiess von nun an: «Moskau einfach!»

internationalen Konferenz in Lausanne den Diplomaten Wazlaw Worowski erschoss. Der Bundesrat wollte der sowjetischen Regierung nicht kondolieren, und ein Lausanner Geschworenengericht sprach Conradi sogar frei. 1934 stimmte die Schweiz als einer von nur drei Staaten gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund.
Eine vorübergehende Kehrtwende brachte dann der Vormarsch der Roten Armee an der Ostfront des Zweiten Weltkriegs. 1944 liess die Schweiz die Gründung der Partei der Arbeit (PdA) zu, und zwei Jahre später nahm sie diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf.
Der kurz darauf einsetzende Kalte Krieg liess den helvetischen Antikommunismus dann aber rasch wieder in alter Stärke aufleben. Dieser nahm nicht nur die moskautreue PdA ins Visier, sondern gleich alles Kritische und Nonkonforme im Land. Die simple Antwort auf alle unbequemen Fragen hiess von nun an: «Moskau einfach!»

100 Jahre russische Revolution: Den Stein ins Rollen brachten die Petersburger Arbeiterinnen Ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus

(und umgekehrt)

Im Jahr 1917 fegte die Revolution in Russland die abgewirtschaftete Zarenherrschaft weg. Trotz Lenin und Trotzki: Die grosse Umwälzung war viel weiblicher als bekannt.

RALPH HUG
Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek – bekannte Namen aus der russischen Oktoberrevolution. Und alles Männer. Auch der Sturm aufs Winterpalais in St. Petersburg war Männersache. Bajonette, Kanonen, Pulverdampf. Doch was taten die Frauen? Die Namen wichtiger Revolutionärinnen wie Alexandra Kollontai, Clara Zetkin, Nadeschda Krupskaja, Vera Figner gehen oft vergessen. Ebenso der Protest der Textilarbeiterinnen. Er gab den Anstoss zum folgenreichen Umsturz der Geschichte. Tausende gingen im Februar 1917 im Arbeiterquartier Wyborg von St. Petersburg bei klirrender Kälte auf die Strasse: «Weg mit dem Hunger! Weg mit dem Krieg!» Die Mehrheit in den Fabriken waren damals Frauen, denn die Männer lagen alle an der Front im Schützengraben.

Bald lautete die Parole «Nieder mit dem Zaren!», der Protest wurde zum Generalstreik. Polizei und berittene Kosaken fuhren auf. Ein Augenzeuge schildert, was dann geschah: «Die Arbeiterinnen übernahmen die Führung, kreierten die Kosaken ein und riefen ihnen zu, auch sie hätten Mütter, Brüder und Kinder, die hungerten: «Legt die Bajonette weg, kommt mit uns!» Am 15. März 1917 dankte Zar Nikolaus II. ab und floh mit seinem Hofstaat in einem Sonderzug.

Textilarbeiterinnen als Vorhut der Revolution: Das kam nicht von ungefähr. Lange vorher rebellierten Russinnen gegen die zaristischen Gesetze, die extrem patriarchalisch und frauenfeindlich waren. Frauen durften nicht einmal studieren. Daher gingen bildungshungrige Töchter aus dem Adel und dem Bürgertum ins Ausland. Vorzugsweise in die Schweiz. Im Wintersemester 1906/07 gab es hierzulande mehr als 1500 russische Studentinnen. Die allererste Frau, die in Zürich promovierte, war im Jahr 1867 die Russin Nadeschda Suslowa. Mit 24 Jahren war sie die erste Ärztin in der Schweiz und in Russland.

ALEXANDRA KOLLONTAI
Auch Alexandra Kollontai (1872–1952) flüchtete vor einer Zwangsheirat nach Zürich. Die Tochter eines russischen Generals und einer Finnin wollte frei sein. Sie studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und wurde eine engagierte Kommunistin. 1917 trat sie ins Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets ein, das Räteregium, das die Stadt regierte. Lenin berief sie nach dem Sieg der Bolschewiki in die Leitung

des neuen Ministeriums für Volkswohlfahrt. Kollontai, geschieden und alleinerziehende Mutter, wurde so die erste Ministerin der Welt. Sehr zum Missfallen der Männerdiplomatie. Der US-Botschafter kabela nach Washington: «Es wird berichtet, dass der Petrograder Rat der Arbeiter und Soldaten ein Kabinett ernannt hat mit Lenin als Premier, Trotzki als Aussenminister und Madame oder Mademoiselle Kollontai als Erziehungsminister. Widerlich!»
Kollontai wurde Botschafterin der jungen Sowjetunion in Norwegen und damit die erste akkreditierte Diplomatin der Geschichte. Als emanzipierte Frau vertrat sie eine freie Sexualmoral. Ihre Devise: «Nicht die sexuellen Beziehungen bestimmen das moralische Ansehen der Frau, sondern ihr Wert im Arbeitsleben, bei der gesellschaftlich nützlichen Arbeit.» Das machte sie zum Schreck aller Patriarchen. Weil sie auch gerne schöne Kleider und Schmuck

trug, geriet sie im eigenen Lager unter Beschuss. Doch für sie war klar: «Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau – und ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus.» Unter Kollontai erliess die junge Sowjetunion die fortschrittlichsten Gesetze der Welt: Gleichberechtigung der Geschlechter, Lohnleichheit, Recht auf Scheidung und Abtreibung, 16 Wochen Mutterschaftsurlaub und Gratis-Krippen für Kinder.

FIGNER UND BOSCH
Das Frauenstimmrecht hatten die Russinnen kurz vor der Oktoberrevolution erkämpft, dank der Sozialrevolutionärin Vera Figner (1852–1942). Die Tochter aus adligem Haus lebte einige Jahre im Exil am Genfersee. Nach der Februarrevolution drängte sie die bürgerliche Übergangsregierung dazu, den Frauen das Wahlrecht einzuräumen. Russland war damit eines der ersten Länder der Welt mit Frauenstimmrecht. Gut ein halbes Jahrhundert früher als die Vorzeigedemokratie Schweiz. Unter Stalin war es dann aber schnell vorbei mit der Emanzipation. Der Diktator hatte lieber schaffige Stahlarbeiterinnen als aufmüpfige Emanzen. Schon in den 1930er Jahren sass das Patriarchat wieder fest im Sattel.
Ein Opfer des Stalinismus wurde Jewgenija Bosch (1879–1925), eine bolschewistische Aktivistin und Politikerin. Manche betrachten sie als die erste Ministerpräsidentin eines Landes, weil sie 1918 die provisorische Regierung der Ukraine anführte. Als Anhängerin von Trotzki geriet sie mehr und mehr auf Kollisionskurs zu Diktator Stalin. Von Tuberkulose und einem Herzinfarkt gezeichnet, beging sie 1925 Selbstmord. Ihr Leben und Wirken ist bis heute verkannt.

CLARA ZETKIN
Viel mehr Erfolg hatte Clara Zetkin (1857 bis 1933). Die berühmte deutsche Feministin, Kommunistin und Pazfistin gab während 25 Jahren die sozialdemokratische Frauenzeitung «Die Gleichheit» heraus. Sie setzte sich für das Recht der Frauen auf Erwerbstätigkeit und für ihre gewerkschaftliche Organisierung ein. Und war auch die «Erfinderin» des Weltfrauentags am 8. März. Zetkin propagierte die These, dass eine wirkliche Befreiung der Frau nur in einer sozialistischen Gesellschaft stattfinden könne.
Ihre berühmteste Äusserung war gegen die bürgerlichen Reformerrinnen gerichtet. So sagte sie im Jahr 1889: «Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat.» Der Sozialismus und der Feminismus gehörten für Clara Zetkin untrennbar zusammen. Aber



«ARBEITERINNEN, GREIF ZUM GEWEHR»: Kommunisches Propagandaposter aus dem Jahr 1920. FOTO: GETTY IMAGES



REVOLUTIONÄRINNEN: Clara Zetkin (links), «Erfinderin» des Weltfrauentags am 8. März; und Alexandra Kollontai, erste Ministerin und akkreditierte Diplomatin der Welt. FOTOS: DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM BERLIN, SPUTNIK

nach ihrer Logik hatte die Abschaffung des Kapitalismus Priorität vor der Befreiung der Frauen.

NADESCHA KRUPSKAJA
So war die russische Revolution viel weiblicher als bekannt. Auch in ihren Wurzeln. Lenins Frau Nadeschda Krupskaja (1869 bis

1939) hatte die Russinnen bereits im Jahr 1900 mit der Broschüre «Die Frau und Arbeiterin» mobilisiert. 1914 war sie die Gründerin der Frauenzeitung «Rabotniza» (Die werktätige Frau).
Die Französin Inès Armand (1874 bis 1920) agitierte an der Seite Lenins, den sie in Paris kennengelernt hatte. 1920 leitete sie im Zentralkomitee die Frauensektion. Die sowjetischen Künstler, die das Bild

der heroischen Revolution in der ganzen Welt verbreiteten, setzten stark auf Frauenfiguren.
Der Filmregisseur Sergei Eisenstein benutzte eine junge Mutter als Symbol für das geknechtete russische Volk. In der berühmten Szene in «Panzerkreuzer Potemkin» (1925) rollt ein Kinderwagen unter den Schüssen der zaristischen Soldaten schutzlos die Treppe in Odessa hinab. Und im Film «Die Mutter» von Wsewolod Pudowkin wird eine Buezerin aus dem Arbeiterviertel von St. Petersburg zur Bannerträgerin der Revolution. Die Frau einmal als beklagenswertes Opfer, dann wieder als grossartige Heldin – nur als ganz normale Akteurin der Geschichte bleibt sie noch zu entdecken.

MEHR LESEN
Jean Ziegler schreibt in seiner Kolumne zu 100 Jahren Revolution, zu Lenin und dessen Bedeutung auf Seite 7

der Schweiz. Kinos in Bern, St. Gallen und Luzern zeigen Filme der russischen Avantgarde. Zur Ausstellung sind zwei Kataloge erschienen, mit zahlreichen Abbildungen und Essays zur historischen Bedeutung der Oktoberrevolution.
Infos auf: www.landesmuseum.ch, www.revolution-1917.ch und www.trigon-film.ch.

AUSSTELLUNG IN ZÜRICH
JUBILÄUM

Zum 100-Jahr-Jubiläum der russischen Oktoberrevolution zeigt das Landesmuseum in Zürich (gleich neben dem Hauptbahnhof) die grosse Ausstellung «1917 Revolution. Russland und die Schweiz». Bis im Juni gibt es Führungen und Vorträge. Am 6. Mai (13.30–15 Uhr) zeigt Historikerin Ekaterina Emeliantseva Koller speziell die Rolle der Frauen auf. Sie hält vom 26. April bis zum 17. Mai auch eine Vortragsreihe an der Volkshochschule Zürich.
Der Historiker und work-Autor Christian Koller (Text links) schildert am 1. Juni den Aufenthalt Lenins in



SCHWEIZ-RUSSLAND-SOWJETUNION: DIE REVOLUTION UND DIE REAKTION

1914
AUSBRUCH ERSTER WELTKRIEG. Russland führt Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland unter dem Oberbefehl von Zar Nikolaus II. Es herrscht eine katastrophale Versorgungslage.

1917
FEBRUARREVOLUTION. In St. Petersburg beginnen Streiks und Proteste für Brot und gegen den Krieg. Es kommt zum Generalstreik.

DER ZAR GEHT. Am 15. März dankt Zar Nikolaus II. ab. Eine bürgerliche Übergangsregierung kommt ins Amt.

LENIN KOMMT. Wladimir Iljitsch Lenin reist im April mit einer Schar Getreuen im Zug von Zürich nach Petrograd und übernimmt die Führung der bolschewistischen Revolution.

BOLSCHEWIKI AN DER MACHT. Am 7. November stürmen die Bolschewisten mit Lenin zentrale Punkte in St. Petersburg, setzen die Übergangsregierung ab und übernehmen die Macht.

1918
SCHWEIZ GEGEN BOLSCHEWIKI. Der Bundesrat weist am 12. November den russischen Gesandten Jan Berzin aus der Schweiz aus, Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

LANDESSTREIK. Am 12. November ruft in der Schweiz das Oltener Komitee den ersten Generalstreik aus.

1919
REAKTIONÄRE. Die im Zug des Landesstreiks gebildeten Bürgerwehren schliessen sich zum Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) zusammen.

1923
ATTENTAT. Der Russlandschweizer Moritz Conradi, der in der Weissen Armee gegen die Bolschewisten gekämpft hat, erschiess in Genf den sowjetischen Diplomaten Wazlaw Worowski und wird vor Gericht freigesprochen.

1924
ANTIKOMMUNISTEN-ENTENTE. Der Genfer Anwalt, Politiker, Landesstreikgegner und Antibolschewist Théodore Aubert gründet die einflussreiche rechtsradikale «Entente internationale anticommuniste».

1934
NJET SOWJET. Die Schweiz stimmt im Völkerbund als einer von nur drei Staaten gegen die Aufnahme der Sowjetunion.



Löwenzahn-Pneu: Rollt Continental bald ohne Kautschuk?

Auch Roboterautos brauchen Reifen. Doch das Angebot an Kautschuk ist begrenzt. Eine deutsche Forscherin hat die Lösung.

Das Auto wird zu einem Rechner auf vier Rädern. Eher früher denn später werden die Autos autonom durch die Gegend summen. Summen? Ja, weil sich in und mit den autonom fahrenden Autos auch die elektrischen Antriebe durchsetzen werden.

Noch schlagen wir uns mit den Spätfolgen des fossilen Fordismus herum. Ein Beispiel, wie der real existierende Kapitalismus funktioniert, liefert Audi: Die VW-Tochter baut seit einigen Jahren in ihre Luxuskarossen auch Dieselmotoren ein. Damit diese halbwegs sauber laufen, braucht es Ad Blue. Ad Blue ist Harnstoff oder volkssprachlich Pipi.

Doch sollten die noblen Damen und Herren beim Tanken der Oberklasse-Audis neben Diesel nicht auch noch Pipi tanken müssen. Also stellte die Software die Zufuhr von Ad Blue einfach ab. Damit erst beim nächsten Service Pipi nachgetankt werden muss. Um dem Image nicht zu schaden, nimmt man den Feinstaub-Tod von Kindern in Kauf. In Bodennähe sind die Schadstoffkonzentrationen nämlich weit grösser als ein Stockwerk höher, in der Welt der Erwachsenen-Näschen.

INTELLIGENTE AUTOS. Autozulieferer werden immer wichtiger. Jetzt kauft der US-Halbleiterhersteller Intel das

israelische Start-up-Unternehmen Mobileye für mehr als 15 Milliarden Dollar. Obwohl das Unternehmen nur 300 Millionen Franken Umsatz im Jahr macht. Aber offenbar weltweit über die beste Kameratechnologie verfügt. Das Ziel von Intel: Möglichst viele autonom gesteuerte Autos sollen weltweit mit Intel-Chips und Intel-Augen unterwegs sein. Und so neunzig Prozent der Verkehrsunfälle vermeiden. Und die Kassen der Aktionäre klingeln lassen.

BETTSEICHER. Auch der Autozulieferer und Reifenhersteller Continental will das Zeitalter der Roboterautos nicht verschlafen. Gleichzeitig steht er vor folgendem Problem: Die Zahl der Gummibäume auf der Welt ist begrenzt. Die Nachfrage nach Kautschuk steigt aber – und mit dieser Nachfrage die Preise. Dies, weil immer mehr Menschen Autos haben oder Autos fahren.

Claudia Recker hat Chemie und Umweltwissenschaften studiert. Die 52jährige Forscherin arbeitet bei Continental und hat mit dem Saft des



GUMMI OHNE BAUM: Claudia Recker hat aus dem Saft der «Söiblueme» einen Pneu entwickelt. Continental will die Pflanze künftig in der Region von Anklam (links Bürgermeister Galander) anbauen. FOTO: CHRISTIAN RÖDEL

russischen Löwenzahns einen umweltfreundlichen Reifen entwickelt. Für das deutsche «Handelsblatt» gehört sie zu den hundert hellsten deutschen Köpfen.

Russischer Löwenzahn lässt sich leichter anbauen als Gummibäume. Er ist auf ein weniger gutes Klima angewiesen. Und wenn man ihn genetisch etwas tunt, liefert er rübig grosse Knollen. Recker hat herausgefunden: Chemisch ist der Saft des Löwenzahn

absolut baugleich mit dem Saft des Gummibaumes. Die ersten Löwenzahnreifen haben alle Tests bestanden. 2020 will Continental den ersten auf den Markt bringen.

P.S.: Die Bernerinnen und Berner sagen dem Löwenzahn «Söiblueme». Die Alemannen im deutschen Offenburg und Umgebung «Bettseicher». Zuneigung geht anders. Continental nennt sein Projekt «Taraxagum» (von lateinisch Taraxacum für Löwenzahn). Tönt schon mehr nach Gummi als nach Bettseicher.

LINKS ZUM THEMA:

- goo.gl/ghCtG6 Wer mehr über die Sprache der deutschen Alemannen wissen will, erhält hier digitalen Nachhilfeunterricht.
- goo.gl/aB19D6 Für Continental ist Claudia Recker die Frau Löwenzahn. Die Forscherin will dank «Flower Power» die Reifen umweltfreundlicher machen. Selbst die Kultur der untergegangenen Hippies ist vor den Werbetextern nicht sicher.
- goo.gl/DXT31P Autos faszinieren. Die Nachrichten-Website «Heise» erklärt das Konzept des VW Sedric. Und 402 Menschen (Stand 24. März 2017) kommentieren das heisse Ding. Unter anderem als «schwangeren Toaster beim Kacken». Na also!
- goo.gl/q9m46E Hundert Ermittler haben wegen Dieseldiebstahl die Büros von Audi durchsucht. Früher oder später werden sie von der Politik zurückgepfiffen. Weil Deutschland ein Autoland war, ist und bleibt.
- www.guido-walter.com/uber-mich/ Der Journalist Guido Walter schreibt immer mal wieder etwas über den fossilen Fordismus.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERATE

«Das bewegende Porträt eines Bewegten»
Stefan Gubser, SRF

STAATEN LOS

KLAUS RÓZSA – FOTOGRAF

AB 6. APRIL IM KINO

www.staatenlos-film.ch

Ein Film von Erich Schmid

Berufsprüfung für Bau-Polierinnen und Bau-Poliere

Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)
Schweizerischer Verband der Betonbohr- und Betonschneidunternehmungen (SVBS)
Infra Suisse
Baukader Schweiz
Gewerkschaft Unia
Gewerkschaft Syna

Berufsprüfung für Bau-Polierinnen / Bau-Poliere 2018

Zwischen dem **3. und 11. Januar 2018** findet im Seminarzentrum CAMPUS SURSEE die Berufsprüfung für Bau-Polierinnen/Bau-Poliere in deutscher Sprache statt.

Zur Abschlussprüfung wird zugelassen, wer

- ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis als Maurerin oder Maurer, als Bauwerkrennerin oder Bauwerkrenner, aus dem Berufsfeld Verkehrswegbau, oder einen gleichwertigen Ausweis besitzt und
- nach Erwerb des Fähigkeitszeugnisses 4 Praxisjahre in einer Bauunternehmung beziehungsweise Bauwerkrennunternehmung nachweist, wovon 3 Jahre als Vorarbeiterin oder Vorarbeiter oder Polierin oder Polier und davon mindestens zwei Jahre im Bereich des angestrebten Fachausweises.

Vorbehalten bleibt die fristgerechte Überweisung der Prüfungsgebühr.

Die Prüfungsgebühr von CHF 1700.00 zuzüglich MwSt. wird mit dem Zulassungsbescheid in Rechnung gestellt.

Die Anmeldung ist bis zum **31. Juli 2017** (Datum des Poststempels) einzureichen an:

Kantonal-Bernischer Baumeisterverband
Frau Daniela Lehmann
Florastrasse 13
Postfach 19
3000 Bern 6

Das Anmeldeformular und weitere Informationen finden Sie unter www.baumeister.ch/baupolier

Wenn die Bewegungen rollen, können wir auch zwei Fronten!

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Schluss mit Hunger dank Biolandbau.

Spenden Sie jetzt 10 Franken:
SMS «give food» an 488
Mehr Infos: swissaid.ch/bio

SWISSAID
Ihr mutiges Hilfswerk.

«Grazie a voi»: Ein Fotoband zeigt, wie die Italos in der Schweiz lebten

Italianità statt Jassskarten im «Hirschen»-Säli

Die 250 Fotos stammen fast alle aus privaten Alben. Sie erzählen tausend Geschichten. Aber auch ein Stück Schweizer Geschichte.

RALPH HUG

Das Bild zeigt fünf Italienerinnen in der Beiz. Tempo libero, in ihrer Freizeit. Sie rauchen, lachen und trinken Vivi Kola und Orangina. Beste Schwarzweissfotografie. Die Szene wurde 1954 in St.Gallen aufgenommen. In der Mitte sitzt Maria Azzato. Sie lebt heute im Pflegeheim, das Foto stammt aus ihrem Privatalbum. Die meisten Fotos im Bildband «Grazie a voi» stammen aus privaten Alben. Gesammelt haben sie die Herausgeberinnen Giuliano Alghisi und Marina Widmer (siehe Box). Ein Kapitel des 240 Seiten starken Bandes ist dem Ausgang der Italienerinnen und Italiener gewidmet. Und zeigt: Da konnten sich die jungen Frauen und Männer amüsieren. Am Arbeitsplatz nicht. Viele von ihnen standen nämlich an den Textilmaschinen, schnitten Stoffe zu oder nähten Tüchli zusammen, meist im Schichtbetrieb.



ST. GALLEN, 1954: Junge Italienerinnen im Ausgang. FOTO: ARCHIV FÜR FRAUEN-, GESCHLECHTER- UND SOZIALGESCHICHTE OSTSCHWEIZ, ST. GALLEN

IM VERBORGENEN

Lange Zeit waren die Menschen aus dem Süden Unsichtbare für uns. Wir sahen zwar die «Muratori» auf den Baustellen, sonst aber schienen sie verschwunden. Nur am Sonntag tra-

Archiv: Italo-Kultur in der Schweiz

Das Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz in St. Gallen sammelt seit 2013 Dokumente zur italienischen Emigration in der Schweiz. Giuliano Alghisi und Marina Widmer besuchten Dutzende von Familien in der Region St. Gallen und trugen Fotos aus ihren Privat-alben zusammen. So entstand die Ausstellung «Ricordi e stima», die 2016 in St.Gallen zu sehen war. Ab 27. April macht sie im Stadtmuseum Rapperswil-Jona Station. Später soll sie auch in Zürich gezeigt werden.

fen wir sie am Bahnhof – miteinander plaudernd, diskutierend, gestikulierend. Wie daheim in Italien auf der Piazza. «Dopolavoro», das Leben nach Feierabend, spielte sich im Verborgenen ab. Aber es war reich und vielfältig. Da gab es nicht nur den familiären Spaghetti-Schmaus mit den Bambini. Es gab auch die Associazioni, die Vereine, den Sport mit Calcio, Rennvelo und Bocciabahn, den Coro Alpino mit Gesang und die Tanzkapellen mit E-Gitarre, Handorgel und Schlagzeug. Sie trafen sich im Säli des «Adler», «Hirschen» und «Anker» zum Fest unter sich. Wo sonst Jassskarten und Stumpenrauch dominierten, war plötzlich Italianità Trumpf.

«Grazie a voi» macht all das jetzt öffentlich. Und erzählt das Leben der italienischen Gemeinschaft in der Bünzli-Schweiz der 1960er und 1970er Jahre. Damals existierten noch keine Pizzerias, und der Ciccorino rosso

stand nicht auf dem Speisezettel. Tagsüber besorgten die Migrantinnen und Migranten die Fleiss- und Schwerarbeit, am Wochenende machten sie «bella figura» und bewahrten sich so ein wenig menschliche Würde in der Fremde. Auch die Italiener frönten dem Vereinsleben. Die Abruzzesi fanden sich ebenso zusammen wie die Bellunesi oder die Siciliani. Keine Provinz Italiens ohne ihren Club. Sogar ein eigener Blutpendeverein existierte. Zwischen 1966 und 1991 sammelte er in St.Gallen 600 Liter des roten Saftes, wie Fotos zeigen.

GELIEBT UND GELACHT

Und es gab die katholische Kirche und die Politik. Don Camillo und Peppone auf helvetisch. Die Missione cattolica, eine von Papst Leo XIII. gegründete Auslandmission, zog in der Schweiz ein dichtes Netz auf und konkurrenzierte damit die linken Colonie libere italiane. An jeder De-

monstration waren die Aktiven des einst mächtigen Partito comunista italiano (PCI) präsent und riefen zur «unità della classe operaia» auf, zur Einigkeit der Arbeiterklasse. Das rei-

Viele von ihnen standen an Textilmaschinen, meist im Schichtbetrieb.

che Leben der Italienerinnen und Italiener in der Schweiz gelangt erst langsam ins öffentliche Bewusstsein. «Grazie a voi» macht klar: Die Italienerinnen und Italiener haben nicht nur unsere Strassen und Tunnel gebaut, unsere Fabriken am Laufen gehalten, sie haben auch geliebt, geträumt, gestritten und gelacht. Und damit die Schweiz verändert.

Grazie a voi. Fotografien zur italienischen Migration in der Schweiz, Limmat-Verlag Zürich, 240 Seiten, Fr. 48.–.

Weltweite Kampagne Stoppt Asbest!

Noch immer fördern Länder wie Russland und Indien Asbest – weltweit sind es zwei Millionen Tonnen jedes Jahr. Tausende von Arbeitern sterben, weil sie den tödlichen Gefahren des Stoffes ausgesetzt sind. Damit soll endlich Schluss sein, fordert die internationale Industriegewerkschaft IndustriAll: «Asbest ist der weltweit schlimmste Killer in der Industrie.» Die Gewerkschaft unterstützt eine Kampagne, wonach Asbest endlich auf die internationale Liste der Giftstoffe kommen soll. Dies haben die Asbestförderländer bisher erfolgreich verhindert.



Die Kampagne **Asbest tötet** läuft bis Mitte April. Ein Protestbrief an den Bundesrat kann heruntergeladen werden auf: goo.gl/igHNu7.

Manifest zum Grundeinkommen Arbeit statt Religion

Früher definierte man sich über Religion – heute über Arbeit. Dies ist eine von 95 Thesen im soeben erschienenen Manifest zum Grundeinkommen. Was würden wir tun, wenn wir nicht mehr für Geld arbeiten müssten? Wie wollen wir im digitalen Zeitalter miteinander leben und arbeiten? Wie würde sich die Gesellschaft ändern, wenn für das Einkommen aller gesorgt wäre? Das Buch bietet mit zugespitzten Gedanken und überraschenden Einsichten eine gute Diskussionsgrundlage zu Arbeit und Existenzsicherung der Zukunft. Dass es genau 95 Thesen sind, ist kein Zufall. Vor 500 Jahren brachte Martin Luther mit ebenso vielen Thesen die Reformation ins Rollen.



Daniel Häni, Philip Kovce: **Manifest zum Grundeinkommen**, Ecowin-Verlag, Salzburg 2017, Fr. 12.90.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



DAS SCHWEIZER RENTENSYSTEM IST EINES DER STABILSTEN

Bei der Rentenreform hat sich das Ständeratsmodell dank einer Koalition von SP, Grünen und Mitteparteien durchgesetzt. Das Modell beinhaltet eine Erhöhung der AHV um mindestens 70 Franken. Das soll die Kürzungen kompensieren, die wegen der Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule zustande kommen. Zudem ist die Finanzierung der AHV bis mindestens 2030 gesichert.

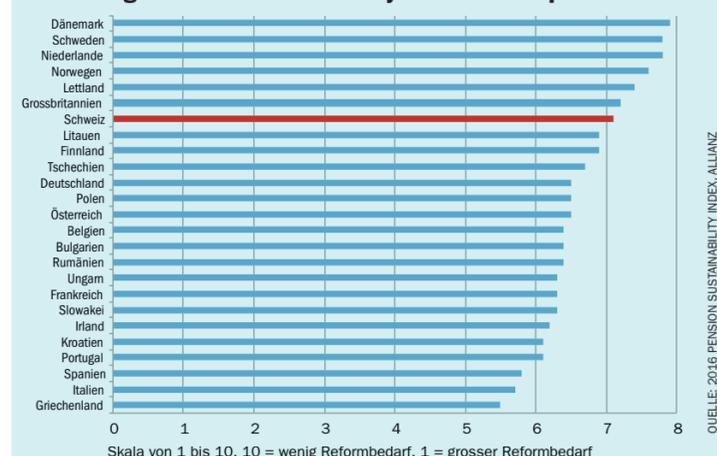
GRÜNER BEREICH. Der «Tages-Anzeiger» wollte von SP-Präsident Christian Levrat wissen, ob dies genüge und nicht schon bald wieder eine Reform nötig sei. Seine Antwort: «Wir sind in dieser Hinsicht eine Ausnahme in Europa. Die anderen Länder müssen froh sein, wenn ihre Vorsorgesysteme noch bis nächstes Jahr halten.» Das ist vielleicht etwas verkürzt ausgedrückt, aber das Schweizer Rentensystem ist im Ländervergleich tatsächlich eines der stabilsten. Die Allianz-Versicherung hat kürzlich die

Systeme der Altersrenten weltweit auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft. In ihrem Nachhaltigkeitsindex kamen Kriterien wie Altersstruktur, Anteil der Erwerbsbevölkerung, die finanziellen Reserven der Altersvorsorge und die Staatsverschuldung zur Anwendung. Die Schweiz ist im Ranking der europäischen Länder gegenüber 2014 zwar etwas zurückgefallen, befindet sich aber immer noch im oberen Drittel und im «grünen» Bereich. Die Behauptungen der Rechten, die AHV befinde sich kurz vor dem Zusammenbruch, sind also völlig fehl am Platz.

Nicht zu den Kriterien des Index gehört übrigens die Höhe der Leistungen, welche die Vorsorgesysteme bieten. So ist zu erklären, dass zum Beispiel Lettland vor die Schweiz zu stehen kam.

ALTERSREFORM 2020. Beurteilt werden im Nachhaltigkeitsindex auch die geplanten Reformen für die nächsten

Nachhaltigkeitsindex der Rentensysteme in Europa



Jahre. Die Reform in der Schweiz muss im Herbst noch in der Volksabstimmung angenommen werden. Ist dies der Fall und die Finanzierung wieder auf mehrere Jahre gesichert, dürf-

te die Schweiz wohl wieder einige Plätze gutmachen. Wir sind gespannt auf den Index 2017.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Streik-Statistik Schweiz am Schluss

In Frankreich und in Dänemark streiken Arbeitende am meisten. Das zeigt eine neue Statistik des deutschen Streikexperten Heiner Dribbusch vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Dribbusch untersuchte die Zeitperiode von 2006 bis 2015. In diesem Zeitraum gab es in Frankreich 123 arbeitskampfbedingte Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte. Das Land liegt damit an der Spitze, nach Dänemark mit 122 Ausfalltagen. Auf den weiteren Plätzen folgen Kanada (79), Belgien (71) und Spanien (62). Die Länder, in denen am wenigsten gestreikt wird, sind die Niederlande (8), die USA (7), Polen (6) und Schweden (5). Österreich und die Schweiz teilen sich mit 2 Ausfalltagen den letzten Platz.

Böckler Impuls 5/2017, online auf www.boeckler.de/107752.htm.



Das offene Ohr

Philip Thomas
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Hauskauf: Darf ich PK-Geld für Reservation brauchen?

Meine Partnerin und ich wollen ein Haus kaufen, das aber noch nicht gebaut ist. Der Architekt ist bereit, uns das Haus zu reservieren, will aber für die Reservation 30 000 Franken. Der eigentliche Kaufpreis wird dann in Raten fällig, sobald wir den Vertrag unterzeichnet haben. Dafür wollen wir das Geld beziehen, das meine Frau in der Pensionskasse angespart hat. Nun frage ich mich: Kann ich auch das Geld für die Reservation bereits aus der zweiten Säule beziehen?

PHILIP THOMAS: Nein. Denn eine Reservation bedeutet nicht zwingend, dass Sie das Haus auch tatsächlich kaufen. Und das ist aus folgendem Grund ein Problem: Kapital aus der zweiten Säule, die sogenannten Freizügigkeitsleistungen, dürfen Sie nur vorbeziehen oder verpfänden für «Wohneigentum zum eigenen Bedarf». Also nur für Wohnraum, den Sie als versicherte Person persönlich nutzen oder in dem Sie sich gewöhnlich aufhalten. Das bedeutet, dass ein Vorbezug von Geldern aus der beruflichen Vorsorge nur möglich ist, wenn wirklich sicher ist, dass Sie das Geld tatsächlich für selbstgenutztes Wohneigentum brauchen. Sie müssen mit entsprechenden Unterlagen den Kauf nachweisen können. Käufer wie auch Verkäufer können jedoch von einer Reservation jederzeit zurücktreten, der Hauskauf ist also nicht definitiv. Erst wenn der Kaufvertrag unterzeichnet und der Grundbucheintrag erfolgt ist, können Sie sich von Ihrer Pensionskasse einen Vorbezug auszahlen lassen. Bis dahin müssen Sie die 30 000 Franken von Ihrem Ersparnis bezahlen oder anderweitig beschaffen.

Versicherung zahlt nicht: Was ist falsch an meinem Arzzeugnis?

Ich war zwei Wochen krank und auch vom ersten Tag an bei der Ärztin in Behandlung. Nach diesen zwei Wochen brachte ich meiner Vorgesetzten das Arzzeugnis. Es stammte vom Vortag, als ich zur Schlusskontrolle bei der Hausärztin war. Die Krankentaggeldversicherung meines Arbeitgebers anerkennt jedoch dieses Zeugnis nicht: Ein Arzzeugnis könne maximal drei Tage rückwirkend gelten, so stehe es in den allgemeinen Versicherungsbedingungen. Deshalb will sie keine Leistungen erbringen. Ist das korrekt?

PHILIP THOMAS: Nein. Das Problem ist wohl, dass auf Ihrem Arzzeugnis das Datum des Behandlungsbeginns bei der Hausärztin fehlt. Grundsätzlich sollten in einem solchen Zeugnis der Beginn, der Umfang und die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit stehen sowie der Beginn der Behandlung. Da Sie bereits am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit bei der Ärztin waren, muss die Krankentaggeldversicherung dieses Zeugnis auch anerkennen. Die einfache Lösung: Verlangen Sie von Ihrer Ärztin ein entsprechendes Zeugnis mit dem Behandlungsbeginn, und leiten Sie dieses an die Krankentaggeldversicherung weiter. Grundsätzlich ist es zwar schon so, dass solche allgemeinen Versicherungsbedingungen zulässig sind und auch eingehalten werden müssen. Ein Arzt kann jemanden grundsätzlich nur dann krank schreiben, wenn er den Patienten effektiv gesehen hat. Findet die Konsultation erst später statt, akzeptieren Arbeitgeber und Versicherungen rückwirkend ausgestellte Arzzeugnisse für ein paar Tage (zwei bis drei) im Normalfall.

Das Schweizer Bildungssystem ist durchlässig:

So kommen Stiftinnen und

Auch eine gelernte Detailhandelsfachfrau kann Psychologie studieren. Der erste Schritt dazu ist die Berufsmaturität.

SINA BÜHLER

In der Sekundarschule war sie nicht die beste Schülerin, die Versetzung ins nächste Schuljahr schaffte Karin Keller jeweils nur knapp. Doch als sie mit 15 Jahren ihren Vertrag für eine Lehrstelle im Detailhandel im Sack hatte, war auch ihr Ehrgeiz geweckt. Sie wolle Karriere machen, erzählte sie allen. Und auch, dass sie irgendwann an einer Universität studieren werde. Ihre Lehrerinnen und Lehrer zweifelten und die Eltern auch. Die Schulkolleginnen lachten sie sogar aus. Doch Karin Keller machte ihre Ankündigung wahr: Heute studiert sie Englisch und Psychologie an der Universität Zürich.

Den ersten Karriereentscheid fällte sie sofort nach der Sekundarschule: Sie entschloss sich, die Lehre im Detailhandel mit der Berufsmaturität abzuschliessen. Dieser eidgenössische Ausweis öffnete ihr die Tür zu einer Fachhochschule. Und mit dem Bachelor in der Tasche wurde sie zum Studium an der Universität zugelassen.

Möchten auch Sie nach der ersten Grundbildung weiterlernen? Den Bachelor oder sogar den Master machen? work zeigt Ihnen, wie Sie von der Lehre an die Hochschule kommen. Der Weg führt dabei fast immer über die Berufsmaturität.

DIE RICHTUNG

Bei der Matura können Sie eine inhaltliche Richtung wählen. In der Regel gibt der gewählte Beruf vor, welche Berufsmaturität Sie machen können (siehe Spalte rechts). Es gibt zwei verschiedene Varianten zur Berufsmatura jeder Ausrichtung. Genannt werden sie «BM 1» und «BM 2».

WÄHREND DER LEHRE (BM 1)

Wenn Sie während der ganzen Lehrzeit zusätzliche oder anspruchsvollere Schulstunden be-



WORKTIPP

BILDUNG ONLINE

Alles zur beruflichen Weiterbildung finden Sie auf der entsprechenden Seite des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation auf www.berufsbildungplus.ch. Falls in der Ausbildung nicht alles rund läuft, gibt es als Mitglied der Gewerkschaft schnell Hilfe. Wenden Sie sich an Ihr zuständiges Unia-Sekretariat. Oder direkt an die Interessengruppe Jugend der Gewerkschaft: jugend@unia.ch.

suchen, bekommen Sie beim Lehrabschluss nicht nur den Fachausweis, sondern auch das Maturazeugnis. Wenn Sie diesen Weg wählen, starten Sie sofort nach der obligatorischen Schule mit Ihrer Weiterbildung. Achtung: Es gibt vierjährige Lehren bei denen Sie auch noch im zweiten Jahr in den Berufsmaturaunterricht einsteigen können. Genaueres erfahren Sie auf www.berufsberatung.ch.

Zum Unterricht zugelassen werden gute Schülerinnen und Schüler, meist wird das über eine Aufnahmeprüfung getestet. Die Bedingungen sind aber in jedem Kanton anders, genaue Informa-

AUSGEBILDET: Auch wenn der «Knopf» in schulischen Belangen erst spät aufgeht, der

tionen gibt's beim kantonalen Berufsbildungsamt. Alle Adressen finden Sie hier: goo.gl/RT1KpU.

NACH DER LEHRE (BM 2)

Wenn Sie bei Lehrbeginn noch nicht so weit sind oder sich Sorgen machen wegen der zusätzlichen Arbeit, können Sie die Matura auch erst später machen. Um die Variante «BM 2» kümmern Sie sich erst nach dem Lehrabschluss, und zwar unabhängig davon, wie lange dieser her ist. Diese Maturitätslehrgänge dauern entweder ein Jahr im Vollzeitstudium oder zwischen eineinhalb und zweieinhalb Jahre, wenn Sie diese berufsbegleitend besuchen.

Hier finden Sie den Lehrgang, der zu Ihrer Branche und Ihrem Wohnort passt: goo.gl/XGriAP.

Je nach Berufsmaturität gibt es später Einschränkungen bei der Wahl der Studienrichtung. Falls Sie beispielsweise eine KV-Lehre gemacht haben, können Sie zwar problemlos an eine Wirtschaftshochschule. Für einen Bachelor im Gesundheitswesen sind Sie aber nicht direkt zugelassen.

Diese Einschränkungen sind jedoch nicht unüberwindbar: Mit Praktika, Zusatzlektionen oder Aufnahmeprüfungen steht Ihnen mit der Berufsmatura praktisch jeder Weg offen. Was für Sie gilt, können Sie auf der Website der entsprechenden Hochschule nachlesen.

PASSERELLE

Eine Berufsmatura ermöglicht Ihnen das Studium an der Fach-

Massgeschneidertes, Alkohol, Fleisch Vor der Zöllnerin ist

VORBILDLICH: Wer den Koffer am Zoll auspacken muss, ist froh, wenn nur Erlaubtes drin ist.

FOTO: ISTOCK



Fliegen Sie bald in die Osterferien? Mit diesen Infos klappt die Wiedereinreise reibungslos.

SINA BÜHLER

Sie sind nach einer Reise wieder am Flughafen in der Schweiz angekommen, nehmen das Gepäck vom Förderband und freuen sich auf Ihre daheimgebliebenen Liebsten. Natürlich haben Sie ein paar Souvenirs dabei. Ein kleines Geschenk für den Göttibub, ein Parfum für Ihre Mutter, eine Flasche Wein für die Nachbarn, eine Stange Zigaretten für sich selbst. Doch bevor Sie durch die Ausgangsschleuse können, müssen Sie am Zoll vorbei. Sie haben «nichts zu verzollen», denken Sie und gehen beim grünen Schild vorbei. Eine Zöllnerin

fängt Sie ab und bittet Sie, Ihren Koffer zu öffnen. Schnell überschlagen Sie im Kopf, wie viel Sie zollfrei importieren dürfen.

GENUSSMITTEL. Für Alkohol und Tabak gibt es Obergrenzen. Zollfrei importieren können Sie:

- Flaschen mit einem Alkoholgehalt unter 18%: 5 Liter
- Flaschen mit einem Alkoholgehalt über 18%: 1 Liter
- Zigaretten oder Zigarren: 250 Stück
- Tabak: 250 Gramm

Achtung: Selbst wenn der Konsum von Wein, Bier und Tabak gesetzlich bereits ab 16 Jahren erlaubt ist, müssen Sie mindestens 17 Jahre alt sein, um sie durch den Zoll bringen zu dürfen.

Auch für Lebensmittel gibt es Beschränkungen:

- Fleisch: 1 Kilogramm
- Öl: 5 Liter

Stifte an die Uni



oder die kann es an die Uni schaffen. FOTO: KEYSTONE

hochschule und an bestimmten Hochschulen. Doch auch ein Studium an einer Universität oder der ETH ist möglich. Es fehlt nur noch ein Schritt, nämlich die sogenannte Passerelle.

Diese Ergänzungsprüfung für die Zulassung an ETH und Universität wird zweimal im Jahr vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung organisiert. Wie Sie sich darauf vorbereiten wollen, ist Ihnen selber überlassen. Es gibt Vorbereitungskurse, die in der Regel zwei Semester dauern und zwischen 2000 und 20000 Franken kosten. Angebote und Adressen finden Sie hier: goo.gl/tVQHK. Die Kurse sind aber nicht zwingend nötig. Sie können sich auch im Selbststudium vorbereiten und individuell anmelden. Um zur Prü-

fung zugelassen zu werden, müssen Sie bereits die Berufsmaturität gemacht haben. Mit einer Ausnahme: Es gibt Fachhochschulen, die auch Studierende ohne Vorbildungsausweis aufnehmen, sofern diese eine gute Vorbildung und Ar-

Für ganz Motivierte geht es sogar auch ohne Berufsmatur.

beitserfahrung haben und hohe Motivation zeigen. Dazu müssen die Bewerberinnen und Bewerber ein Dossier erstellen und eine Aufnahmeprüfung bestehen. Ob Sie ohne Matur zum Studium Ihrer Wahl zugelassen werden, erfahren Sie direkt bei der entsprechenden Hochschule: goo.gl/deQeBr.

BERUFSMATUR

DAS MÜSSEN SIE KÖNNEN

Eine Berufsmaturität können Sie in verschiedenen Fächern machen. Welche Ausrichtung es sein wird, ist durch Ihre Berufswahl vorgeben:

- **Technik, Architektur und Life Sciences** als Ergänzung einer Lehre technischer oder handwerklicher Art, zum Beispiel als Elektroinstallateurin.
- **Natur, Landschaft und Lebensmittel** als Ergänzung einer Lehre im Bereich Natur und Landschaft, zum Beispiel als Gärtner.
- **Wirtschaft und Dienstleistungen** als Ergänzung einer Lehre in einem Betrieb dieses Sektors oder in einer Handelsschule, zum Beispiel als Kauffrau.
- **Gestaltung und Kunst** als Ergänzung einer Lehre im Bereich künstlerischer, technisch-handwerklicher Berufe, zum Beispiel als Grafikerin.
- **Gesundheit und Soziales** als Ergänzung einer Lehre im gesundheitlich-sozialen Bereich oder in der Körperpflege, zum Beispiel als Fachmann Gesundheit.

AUFTEILUNG. Für die Matur brauchen Sie ein breites Allgemeinwissen. Dazu sieht der Lehrplan **Grundlagenfächer** vor:

- erste Landessprache;
 - zweite Landessprache;
 - eine Drittsprache;
 - Mathematik.
- Dazu kommen je nach Berufs- und Schulrichtung **Schwerpunktfächer**. Nämlich:
- Finanz- und Rechnungswesen;
 - Gestaltung, Kunst, Kultur;
 - Information und Kommunikation;
 - Mathematik;
 - Naturwissenschaften;
 - Sozialwissenschaften;
 - Wirtschaft und Recht.
- Ausserdem wählen Sie zwei **Ergänzungsfächer**:
- Geschichte und Politik;
 - Technik und Umwelt;
 - Wirtschaft und Recht.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



IM BILD: Entweder über WLAN oder über das im Abo inbegriffene Datenguthaben zu telefonieren ist einfach. FOTO: 123RF

So telefonieren Sie gratis via Internet

Wer mit seinem Handy telefoniert, braucht kein teures Abo von Swisscom, Sunrise & Co. Mit einer App können Sie übers Internet Gespräche führen. Wenn Sie dafür eine WLAN-Verbindung nutzen, ist das Telefonieren kostenlos, der Datenverbrauch kostet nicht extra. Ohne WLAN reicht im Inland ein Prepaid-Handy mit einem Datenpaket von einem Gigabyte pro Monat. Denn die Datenmengen sind nicht gigantisch: Je nach App braucht ein stündiges Gespräch zwischen 15 und 45 Megabyte.

Mit den richtigen Apps kann man auf dem Handy ohne Telefonabo und ohne Gebühren telefonieren.

RANGLISTE. Die Konsumentenzeitschrift «Saldo» hat die Telefon-Apps getestet. Am besten schnitt Skype von Microsoft ab. Es erlaubt auch Anrufe ins Festnetz und auf Handys, welche die App nicht installiert haben. Das können auch Viber und Hangouts (von Google). Sie schnitten aber punkto Datenschutz etwas schlechter ab als Skype. Am Schluss der Rangliste landeten Whatsapp und der Messenger von Facebook, ebenfalls aus Datenschutzgründen. Denn sie verbinden alle Kontaktdaten mit Infos, die auf Facebook gespeichert sind. Erfreulich: Alle Apps ermöglichen auch Videoanrufe und Kurznachrichten, und auch die Bedienung war bei allen einfach. MARC MAIR-NOACK

und Zigaretten: nicht jedes Rind gleich

- Butter und Rahm: 1 Kilogramm oder Liter

Diese Höchstmengen sind übrigens nur die sogenannten Freigrenzen. Sie dürfen ohne weiteres auch drei Kilogramm Fleisch oder 700 Zigaretten mitbringen,

Tierprodukte nur aus der EU – ausser es sei Wild oder Fisch.

sofern es sich um Geschenke handelt oder um Produkte, die Sie selber verbrauchen. Aber dann zahlen Sie Zollgebühren: 25 Rappen pro Zigarette, 17 Franken pro Kilogramm Fleisch (23 Franken, wenn die Gesamtmenge mehr als zehn Kilo beträgt), 2 Franken pro Liter Wein und Bier, 15 Franken pro Liter Schnaps und 2 Franken pro Liter Öl.

Tierprodukte dürfen Sie überhaupt nur aus Ländern der EU und Norwegen importieren. Davon ausgenommen sind Wild, Fische und weitere Wassertiere. Mehr Informationen dazu finden Sie bei der Eidgenössischen Zollverwaltung: goo.gl/wJAV5f.

MEHRWERTSTEUER. Beim günstigen Laptop und dem massgeschneiderten Anzug gilt die Regel: Beträgt der gesamte Warenwert weniger als 300 Franken, werden Sie keine Probleme haben. Diese Freigrenze gilt pro Tag und Person. Und sie gilt für Kinder. Eine fünfköpfige Familie darf demnach Waren im Wert von 1500 Franken über die Grenze nehmen, ohne etwas dem Zoll abgeben zu müssen. Haben die Souvenirs aber mehr gekostet, so müssen Sie dafür Mehrwertsteuer bezahlen.

Und zwar für den ganzen Wert. Je nach Ware liegt der Steuersatz bei 2,5 Prozent (für Nahrungsmittel) oder 8 Prozent. Wenn Sie die Waren nicht für sich selber oder als Mitbringsel gekauft haben, sondern um sie weiterzuverkaufen, gilt die Freimenge nicht. Sie müssen darauf auf jeden Fall Mehrwertsteuer zahlen.

VERBOTE. Es gibt Gegenstände, die Sie gar nicht oder nur eingeschränkt in die Schweiz einführen dürfen. Selbstverständlich gehören dazu Drogen und Waffen sowie tierische Produkte von geschützten Arten (zum Beispiel Elfenbein). Aber auch bestimmte Pflanzen und Hölzer dürfen Sie nicht im Gepäck mitbringen. Ebenfalls verboten sind gefälschte Markenprodukte. Die genaue Liste finden Sie hier: goo.gl/3cKqXi.

ONLINE HÄUFIGE FRAGEN

Infos zum Zoll, zu den Freimengen und die Antwort auf häufig gestellte Fragen zum Thema gibt es auf der Website der Eidgenössischen Zollverwaltung: goo.gl/i8ByJW.

Mieterverband macht Magazin neu «M&W» kernsaniert

«Mieten & Wohnen», das Heft für Mieterinnen und Mieter, erscheint schon seit 30 Jahren. Ab der aktuellen Ausgabe in neuem Gewand.

Seit über 30 Jahren informiert die Zeitschrift «M & W – Mieten und Wohnen» die Mitglieder des Schweizerischen Mieterverbandes über ihre Rechte. Sie berichtet von kämpferischen Mieterinnen und Mietern, von politischen Vorstössen und aktuellen Entwicklungen.

Nach 17 Jahren ist nun die Gestaltung komplett überarbeitet worden. Entworfen hat das neue Layout der Zürcher Grafiker Jonas Voegeli. Dieser half vor einem Jahr mit seinen prägnanten schwarz-weiss-roten «Nein»-Plakaten erfolgreich, die SVP-Durchsetzungsinitiative zu verhindern. In der

ersten Ausgabe im neuen Layout berichtet die «M&W»-Redaktion von der Initiative «Für mehr bezahlbare Wohnungen», von Mieterinnen und Mietern, die sich juristisch gegen Abzocker-Mietzinse der CS wehren. Ausserdem prognostiziert das Magazin die Folgen

Nach 17 Jahren war die Zeit reif für ein neues Layout.

von Donald Trumps Präsidentschaftswahl für die US-Immobilienpreise. Dazu gibt es Zügel-tipp und Antworten auf Fragen. Mitglieder des Verbandes erhalten das Heft sechsmal im Jahr gratis. Es ist aber auch möglich, es für Fr. 40.- im Jahr direkt zu abonnieren: unter info@mieterverband.ch oder via 043 234 40 40. (sib)

workrätsel

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung inklusive Frühstücksbuffet für zwei Personen im Hotel Freienhof Thun, der «Stadtoase am Wasser». Hotel Freienhof Thun: 20 Prozent Rabatt für Unia-Mitglieder.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 5
Das Lösungswort lautete: ARBEITSZEIT



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Lux Bürgi-Gerster, Oberwangen bei Bern. Herzlichen Glückwunsch!

Schweizer Zwischenmahlzeit	Firma ohne Sozialplan (work)	Schmuckstück	ein richtiger Sturm	work: Land der Frauen	Urin in d. Kindersprache	das Tier hat lange Ohren	warum die Rechten unsere ... hassen	sehr beliebtes Gesprächsthema	solche Eier sind die besten	mich, wie Spanier sagen	grosser Eingang
↳		7		Schweizerdeutsch ist eine			2	was Butter und Öl auch sind			
Gegenteil von off		work: mehr davon für Bauarbeiter	männl. Vorname	10		sie arbeitet mit Blumen	von tausend, kurz	winziges Teilchen	er, der Schweizer Mythos	Europ. Rechn.-einheit, abgekürzt	
↳				der Gravensteiner ist einer			Ziegler in work: wir kennen sie				
das war Bob Marleys Musik	Abk. f. europ. Norm		Laut des Räusperns	er fliesst durch Khartum		auf Motorrad ist er zu tragen	bestimmte berufliche Tätigkeit	12			Farbe
engl.: Aal		Menge hergestellter Waren	3	Schwein, männlich	Masseneinheit f. elektrischen Widerstand		Fahrzeug für Kinder				
Autokennzeichen v. Münsingen	Schachfigur			drei, im Tessin			Land im Süden der Arab. Halbinsel	besonderes Zeichen		Nadelbaum m. roten Beeren	
↳	Zahlwort	ehrenhalber, Abk.	Santa ... Stadt i. Argentinien	Edelmetall			port. Inselgruppe im Atlantik	it. Reisgericht			1
Endo an ihn	Söhne v. jemandes Schwester				Internetadresse v. San Marino		Schuppen-echse	Teil des Mittelmeers	6		
↳	11				Flachs-faser	wie aus ihm gepellt	in ihm leben wir zurzeit		kurz f. Ingenieurbüro		sie lebt im Kloster
er umsorgt Menschen (z.B. im Spital)	ausgelassenes Fest	sie folgt auf Flut	Insel zw. Korsika u. Italien	unvermischt	9			Stellen m. Quellen, inmitten der Wüste			
↳				erhalten, wie Briten sagen			Doppelkonsonant	Autokennzeichen v. Flüelen	missliche Lage, Misere	Z.m.n. = Baustoff	
Bischöfe haben einen	Quittung, Nachweis				chem. Zeichen f. Neon	work: Er ist gut, braucht aber Inhalte		sie quaken vergnügt			
↳		franz. Adverb für gut				knapper Lacher		Ver-schlingung von Schnüren			8
work mit dieser Grafik zur Weltarmut		5					jetzt		4	in Kriegen gibt es leider viele	

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 7. April 2017

INSERAT

Bald ist 1. Mai: Schon eingekleidet?



Unia-Fanshop
Hier findest du trendige Artikel, die sich an jeder Demo gut machen. Sonnenbrille, Castro-Cap, Rucksack oder Umhängetasche – bestelle jetzt dein persönliches Unia-Accessoire.
www.unia-shop.ch

Aktion Bis am 1. Mai 2017 erhältst du deine Bestellung versandkostenfrei nach Hause geliefert.

UNIA

WORKLESERFOTO



Pussy-Power

WANN 18. März 2017
WO Zürich
WAS Junge Frauen am Women's March
Eingesandt von Nicole Gysin, Olten

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 5 / 17.3.2017:
DAS DROGERIE-WUNDER

Mit gutem Willen und etwas Mut

Über den Artikel von Michael Stötzel im letzten work habe ich mich sehr gefreut. Er zeigt, dass aus einem für die Angestellten so tragischen Ereignis wie dem Konkurs dieser Drogeriekette etwas Positives entstehen kann. Mit gutem Willen, etwas Mut und Vertrauen in das eigene Können sind diese Verkäuferinnen zu Unternehmerinnen geworden. Ich wünsche ihnen für ihren Laden viel Erfolg. Und ich hoffe gleichzeitig, dass die frischgebackenen Ladeninhaberinnen mit ihren künftigen Angestellten fairer umgehen, als der ehemalige Chef das mit ihnen getan hat.

CHRISTINE RÜEGG, WINTERTHUR

WORK 4 / 3.3.2017: «ABER HALLO CHEFIN, SO GEHT'S DANN GAR NICHT!»

Sprachliche Aufwertung

In dreissig Jahren Ausbildung von Personalvertretungen war mir immer ein Hauptanliegen, den Leuten bewusstzumachen, dass sie nicht irgendeine «Kommission» sind, sondern eine vom Personal gewählt Vertretung. Im Gesetz ist klar festgeschrieben, dass Arbeitnehmervertretungen (wie sie im Gesetz und in vielen Gesamtarbeitsverträgen genannt werden) den Auftrag haben, die Interessen der Belegschaft wahrzunehmen. So wurde bei Neugestaltung des Smuv-Peko-Handbuchs zum Unia-Handbuch 2005 der Begriff «Personalvertretung» eingeführt. Im nun revidierten Handbuch scheint dieser Begriff wieder abhanden gekommen zu sein! Zu wünschen wäre aber, dass work diese sprachliche Aufwertung der Personalvertretungen auch pflegen würde.

BRUNO BOLLINGER, PENSIONIERTER AUSBILDER VON VERTRAUENSLEUTEN UND PERSONALVERTRETUNGEN, ERSTFELD UR

WORKFRAGE VOM 17.3.2017

Im Ausland geliebt, im Inland verteufelt: Was halten Sie von Jean Ziegler?

VERSTÄNDLICHE ANALYSEN

Jean Ziegler kenne ich schon lange, auch wenn ich ihn nie persönlich kennengelernt habe. Seine Analysen sind sehr fundiert und verständlich für «Normalbürgerinnen». Wenn ich bei einem aktuellen Thema nicht verstehe, worum es geht, und dazu seine Analyse lese, dann bin ich im Bild. Ich vertraue ihm, denn er hat in all den Jahren aufrichtig und aufrecht auf mich gewirkt. Ich schätze sein Engagement für eine menschlichere Welt.

LYDIA GRAF, NÜRENSDORF ZH

DER MODERNE WILHELM TELL

Ich habe Hochachtung vor Jean Ziegler. Er spricht das Unbequeme und Ungerechtigkeiten an, nennt die Schuldigen beim Namen, scheut auch nicht die juristischen Konsequenzen und gibt nie auf. Jean Ziegler ist der Wilhelm Tell der Moderne, der gegen Gessler ankämpft, gegen die nationale und internationale bürgerliche Geldoligarchie.

MARTIN HOFER, BERINGEN SH

NOBELPREIS FÜR ZIEGLER

Ich bin stolz, ein Landsmann von Jean Ziegler zu sein. Ich arbeite als Schweizer im europäischen Ausland, in der letzten Zeit meist in Österreich. Meine Arbeitskollegen und engeren Freunde bringen Jean Ziegler grösste Sympathie und Wertschätzung entgegen. Bei seinen Vorträgen in Wien ist es kaum



möglich, auch nur noch einen Sitzplatz zu bekommen, falls man sich nicht weit vor der Veranstaltung organisiert. Selbst die konservativen Medien berichten mit grosser Achtung über Jean Ziegler. Er ist ein wahrer Sozialist, keiner der weichgespülten Sozialdemokraten, die sich gerne in faulen Kompromissen mit der rechtsbürgerlichen Phalanx wiederfinden. Die Schweizerinnen und Schweizer werden von rechts so konditioniert, dass ihre Aggressionen den Flüchtlingen gelten. So lassen sich zum Beispiel gewerkschaftliche Forderungen nach Mitbestimmung neutralisieren. Oft wird man von Mitbürgern angepöbelt, weil man sich als Sympathisant von Jean Ziegler und seinen Thesen bekennt. Ich würde Ziegler für den alternativen Nobelpreis vorschlagen.

WOLF PREUSTER-DREWS, ENDINGEN AG

MUT UND RÜCKGRAT

Den Artikel mit und über Jean Ziegler finde ich grossartig; weil er ein Mensch ist, der die Mitmenschen als Brüder und Schwestern begreift. Und der darum allen Menschen auf der ganzen Erde, besonders auch den Kindern, ein Leben in Würde wünscht. Er hat enorm viel Mut und Rückgrat! Durch gemachte Hungersnot sterben so viele Kinder, Männer und Frauen, vor allem auch in Afrika. Im Sub-Sahara-Gebiet, konkret in Sambia, sind inzwischen zwei Generationen von jungen, wunderbaren Menschen an HIV bzw. Aids gestorben. Bis zum heutigen Tag werden in Sambia Menschen geächtet, die sich mit dem Gebrauch von Kondomen vor Aids schützen wollen. Eine der grössten Kirchen Ugandas schwört, dass Lesben und Schwule dereinst in der Hölle

schmoren werden. Yoweri Museveni, der Präsident von Uganda, hat ein Gesetz erlassen, das Homosexuellen mit lebenslangen Gefängnisstrafen droht.

Die Kriminalisierung der Homosexualität hat in Afrika erst zur Zeit der Kolonialherrschaft und der Missionierung des Kontinents begonnen.

CECILIA ERMEL, OBERSDORF SO

SCHWEIZ, WIE SIE SEIN SOLLTE

Jean Ziegler steht in der Tradition von Tell, Winkelried, Pestalozzi, Rousseau und Dunant. Wir sollten stolz auf ihn sein. Niemand verkörpert so schön die Schweiz, wie sie sein sollte. Hoffen wir – auch für uns – dass er den Aufstand des Gewissens noch erlebt.

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

ZIEGLER RÜTTEL AUF

Seit Jahrzehnten schafft es Jean Ziegler immer wieder, mit seinen Büchern aufzurütteln. Der beste Beweis, dass seine Themen sitzen, ist der ungebrochene Hass, den seine Bücher bei den Herrschenden auslösen! Diesen «Abstrafungen» und Ächtungsversuchen zu widerstehen braucht Mut und Stehvermögen. Es ist schön und ermutigend, so einen Genossen und Kollegen in unseren Reihen zu wissen. Ich hoffe, wir können noch lange von seinem Erfahrungsschatz und Wissen profitieren.

ADI EUGSTER, GRÄNICHEN AG



workwort

Gericht

«Ich seh dich vor Gericht!» schrie er mit voller Kraft, nachdem sein Fiat einen kleinen Nasenstüber ab bekommen hat. Seine Kontrahentin im allabendlichen Verkehrsgemetz zwischen Computer im Büro und Hörnli zu Hause: «Ich seh dich überhaupt nicht mehr!»

Das Corpus delicti war auf der Seite so zart touchiert worden, dass einzig das Geräusch davon, ein kleines kurzes «schSCHsch», in Erinnerung blieb. Er sagte: «Die ganze Seite neu spritzen!» Sie meinte: «Und wo genau?» Ein Fall für das Gericht.

Dabei hätten die zwei sich so leicht finden können. Bei einem passenden Gericht. Zum Beispiel Almejas a la marinera, nachher Cazón en adobo. Und zum Dessert eine Crema catalana. Oder bodenständig mit Röstli, Kalbsbratwurst und Nüsslisalat mit Ei. Aber nein! Bis zum jüngsten Gericht bleibt die Drohung hängen. Die gute Nachricht ist: Das jüngste Gericht ist so frisch, dass mit keinen lebensmitteltechnischen Problemen gerechnet werden muss.

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an **redaktion@workzeitung.ch**, Betreff «workwort».

Damian Hefti (31) braucht viel psychologisches Geschick:

«Komme ich gesund nach Hause?»

Seit 13 Jahren ist Damian Hefti bei der Securitas. Und ist damit eine grosse Ausnahme.

SINA BÜHLER | FOTOS DANIEL AMMANN

Sie fahren Häftlinge durch die Schweiz, bewachen Gebäude, machen die Eingangskontrolle von Fussballstadien. Sie patrouillieren durch Gemeinden, überprüfen Personalausweise, arbeiten als Bodyguard, betreuen Notschlafstellen und Asylzentren. Private Sicherheitsleute übernehmen in der Schweiz immer mehr Aufgaben. Und die meisten Angestellten in der Branche arbeiten bei der Securitas. Wie Damian Hefti. Mit seinen 31 Jahren ist der St. Galler bereits ein alter Hase.

Er war gerade mal 18 Jahre alt und noch ein Gymischüler, als er zum ersten Mal die blaue Uniform trug. Damals stand er bei der Olma, der Ostschweizer Landwirtschaftsmesse, am Eingang. Heute sitzt Damian Hefti meistens im Büro und ist für die Personalplanung von 800 Mitarbeitenden zuständig: «Ab und zu teile ich mich selber im Aussendienst ein, damit ich nicht vergesse, was es heisst, draussen im Einsatz zu sein», sagt er. Weil er für fast alle Bereiche der Firma ausgebildet ist, kann er überall einspringen: im Sicherheitsdienst bei Fussballspielen, beim Bewachen von Gebäuden, im Interventionsdienst in der Zentrale, falls eine Alarmanlage losgehen sollte, oder auch im Ordnungsdienst einer Gemeinde.

VERHÄLTNISSMÄSSIG. Hefti spricht bedächtig, überlegt und ruhig. Es sind Charaktereigenschaften, die in der Sicherheitsbranche zwingend seien, sagt er: «Wir müssen immer verhältnismässig reagieren, psychologisch geschickt.» Das heisst beispielsweise, dass er immer wieder neu überlegt, wie er auf Menschen zugeht, wie er sie anspricht, was er von ihnen verlangt. Davon hänge ab, ob er das Ziel erreiche, das ihm die Kundschaft vorgegeben habe. Und natürlich auch, sagt Hefti, «ob ich gesund nach Hause komme». Das ist nicht selbstverständlich in einem Beruf, in dem die Konfrontation mit unerwünschtem Verhalten zum Alltag gehört. Deswegen werden die Securitas-Mitarbeitenden auch entsprechend geschult: in Kommunikation, in Psychologie, aber eben auch mit dem Schlagstock und in Selbstverteidigung.

AUSGEBILDET. Seine dreizehn Dienstjahre machen Hefti zu einem eher aussergewöhnlichen Securitas-Angestellten. Er erklärt: «Die Fluktuation ist gross, für viele der Kolleginnen und Kollegen ist die Sicherheitsbranche nur eine Zwischenstation.» Das bedauert er deshalb, weil er als Mitglied der Betriebskommission immer wieder merkt, dass es nicht einfach ist, die Mitarbeitenden gewerkschaftlich zu organisieren. Wer nicht lange bleibe, habe wenig Interesse, sich für bessere Arbeitsbe-

dingungen einzusetzen. Was natürlich ein Teufelskreis ist, so Hefti: «Denn je besser die Arbeitsbedingungen, desto länger bleiben die Leute.»

Und das lohne sich auch für die Firma: Sie spart Kosten bei der Personalabteilung, bei der Einsatzplanung, bei den Uniformen und vor allem bei der Ausbildung der Mitarbeitenden. Ein Bereich, bei dem die Securitas viel Geld und Zeit investiere, sagt Damian Hefti: «In unserem Branchen-Gesamtarbeitsvertrag sind jährlich zwanzig Stunden Basisausbildung vorgesehen. Aber die Securitas bietet weit mehr.» Wer in einem bestimmten Bereich arbeiten möchte, dürfe die entsprechende Ausbildung meist besuchen, sagt er, «und zwar gratis und auf Arbeitszeit».

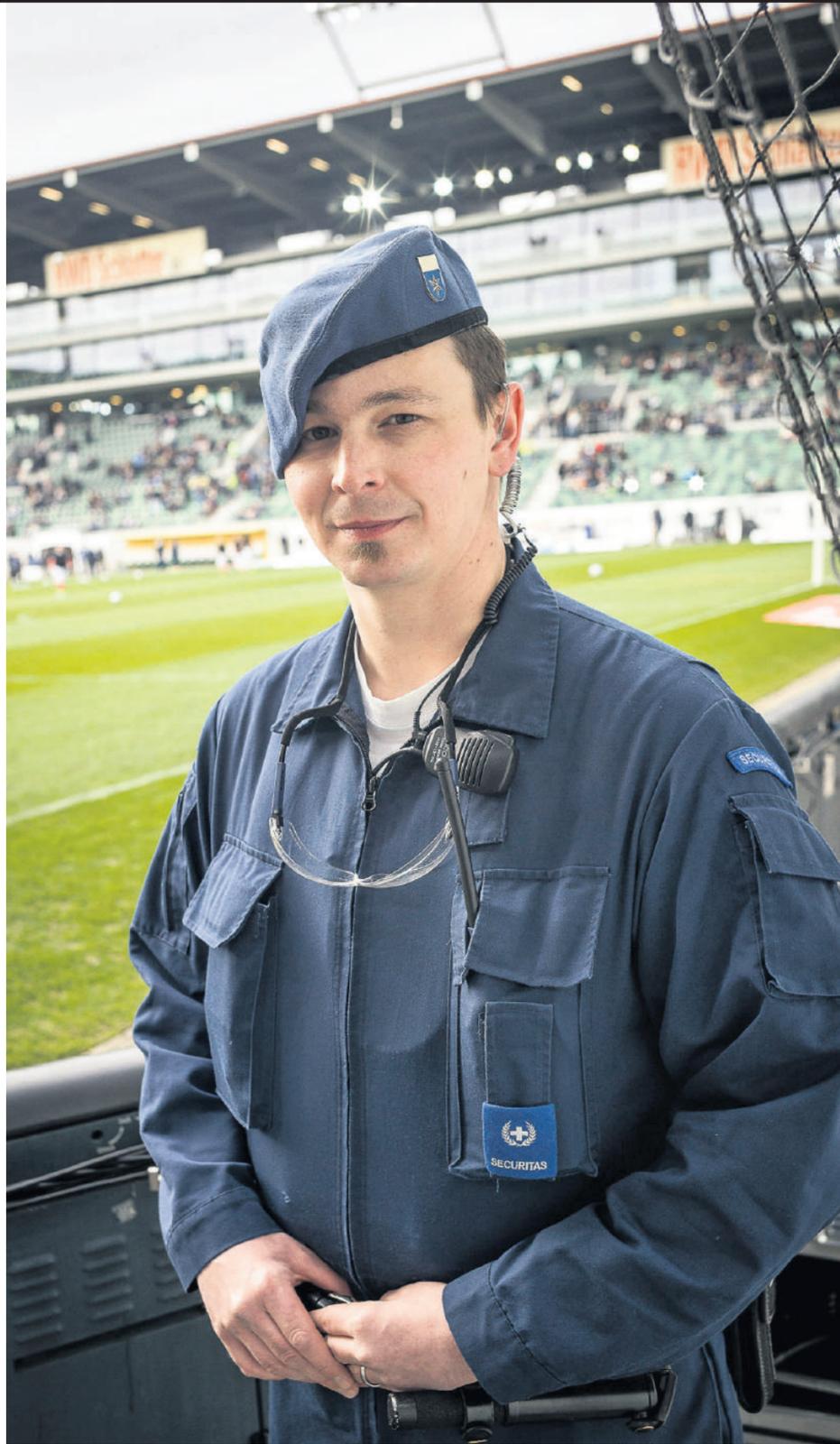
RUND UM DIE UHR. Seit 1943 hat die Securitas einen Firmen-Gesamtarbeitsvertrag (GAV), den aktuellsten hat Damian Hefti als Mitglied der Betriebskommission mitverhandelt. Mit Unterstützung der Unia, bei der er seit etwa fünf Jahren Mitglied ist: «Die Gewerkschaft im Rücken zu wissen ist unglaublich wichtig. Denn alleine sind gute Verhandlungsergebnisse nicht zu schaffen.»

Mit dem Branchenvertrag, dem GAV Sicherheit, ist er zufrieden, obwohl die Löhne höher sein könnten. Sorgen macht ihm allerdings die hohe Jahresarbeitszeit. Je nach Betrieb beträgt sie bis zu 2300 Stunden. Weil in der Sicherheitsbranche rund um die Uhr gearbeitet wird, sieht der GAV 112 Freitage im Jahr vor. An allen übrigen Arbeitstagen müssten die Angestellten also mehr als neun Stunden im Einsatz sein. Bei der Securitas ist die Jahresarbeitszeit nur leicht tiefer: Es sind 2230 Stunden. Etwas, das Damian Hefti bei den nächsten Verhandlungen mit der Geschäftsleitung ansprechen will.

Wie wichtig faire Arbeitsbedingungen seien, könne man in seiner Branche übrigens sehr gut erkennen. Für den schlechten Ruf, dass Sicherheitsleute aggressiv und gewalttätig seien, sorgten nämlich vor allem jene Firmen, die ihre Angestellten nicht richtig entlohnen, prüfen und schulen.

LOHNDUMPER. Deswegen nervt es Hefti auch, wenn Betriebe, die durch Lohndumping oder schlechte Ausbildungen negativ aufgefallen sind, überhaupt noch Aufträge erhalten: «Damit werden die schwarzen Schafe noch belohnt. Es ist für mich unverständlich, dass Firmen, von denen man die

Verstösse gegen den GAV kennt, noch Mandate von Bund und Kantonen erhalten», sagt er. Denn der GAV Sicherheit ist allgemeinverbindlich. Das heisst, er gilt landesweit für die ganze Branche. Wenigstens hat der Staat das Problem erkannt. Weil immer mehr Sicherheitsleute bewaffnet arbeiten, arbeiten die Kantone daran, die Zulassungsbestimmungen und Ausbildungsanforderungen für Sicherheitsfirmen zu vereinheitlichen. Am 6. April stimmt die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren darüber ab, ob das in der Deutschschweiz geschehen soll. In der Romandie ist eine ähnliche Regelung bereits in Kraft.



DAMIAN HEFTI DER TREUE

Damian Hefti (*1986) ist in der Stadt St. Gallen aufgewachsen. Bereits als 18-jähriger verdiente er sich die Schulgebühren für das Privatschulhaus, das er besuchte, selber. Mit Einsätzen als Securitas-Angestellter. Seine alleinerziehende Mutter habe ihn zwar moralisch und finanziell unglücklich unterstützt, das Geld sei trotzdem immer knapp gewesen.

STUDENT. Nach der Matura begann Hefti ein Jurastudium in Bern. Jede Woche reiste er zurück nach St. Gallen, um Geld als Sicherheitsangestellter zu verdienen – 80 Stellenprozent hatte er damals. Irgendwann habe er gemerkt, dass ihm das Studium des Versicherungsrechts nicht genug interessiere, um lange so weiterzumachen. Er brach ab und begann Vollzeit bei der Securitas zu arbeiten.

VATER. Er übernahm Gefangenentransporte, Sicherheitsdienste in Asylheimen und an Fussballspielen. Heute ist Damian Hefti für die Personalplanung der Mitarbeitenden in den Kantonen Thurgau, St. Gallen, Graubünden und Zürich zuständig. Er ist Präsident der Securitas-Betriebskommission der Direktion St. Gallen. Er lebt heute noch in St. Gallen mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn. Er liebt Reisen, gutes Essen und Sport, beispielsweise Rudern und Joggen. Sein Verdienst entspricht dem Gesamtarbeitsvertrag und liegt bei 5000 Franken im Monat.



GANZ OHR: Damian Hefti mit Kollegin bei einem Heimspiel des FC St. Gallen.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Hans Baumann, Sina Bühler, Christian Koller, Michael Stölzel, Clemens Studer **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.